

AUFTRAG



**Schwerpunkt:
Aufgaben Internationaler
Friedenssicherung**

GEMEINSCHAFT KATHOLISCHER SOLDATEN

INHALT

92. DEUTSCHER KATHOLIKENTAG IN DRESDEN

Eröffnung

„Unterwegs zur Einheit“ (Klaus Brandt)	3
Botschaft des Hl. Vaters, Papst Johannes Paul II.	5
(K) Gemeinsam unterwegs, damit Einheit gelingt	8
„Unterwegs zur Einheit“ (Hanna-Barbara Gerl-Falkovitz)	11
(K) „Ein bedeutsames Signal für unsere zerrissene Welt“	18

Themenkreis, „... damit Leben lohnt“

(K) Was macht den Menschen zum Menschen?	20
(K) Wie frei bin ich eigentlich?	21
Forum „Wie mit Fremden leben?“ (Weihbischof Franz Grave)	23
Gedanken zu einem Gebet (Günter Thyse)	28

Themenkreis „... damit Einheit gelingt“

(K) Öffentliches Nachdenken über den Weg zur Einheit	29
(K) „Ich dachte, ich bin schlauer als die“	30

Themenkreis „... damit Leben lohnt“

(K) „Beginnt der Sturm auf die Wohlstandsburgen?	32
„Nationalismus und Rassismus in Europa“ ((K) und Hans Maier)	34

Themenkreis „... damit die Menschheit überlebt“

(K) Warum immer neue Kriege? Aufgaben internationaler Friedenssicherung	41
Kriege, Kriege – ohne Ende? (Ernst Nagel)	43
Beispiel Bosnien (Rupert Neudeck)	54
(K) Nur begrenzte Möglichkeiten für Humanitäre Hilfe (bt)	57
Erfahrungen in zwei UN-Einsätzen als Militärseelsorger (Rainer Schadt)	58
Warum immer neue Kriege? (Dieter Clauß)	59
Statement von Pax Christi (Joachim Garstecki)	61
Frieden und Krieg in dieser Zeit (Dieter Senghaas)	65
(K) „...damit Friede wirklich wird“	81

(K) Plädoyer für Friedenskonferenz der Religionen	82
Themenkreis „... damit Glaube wächst“ (<i>Erzbischof Miroslav Vlk</i>)	83
Treffpunkt „Konziliarer Prozeß“	
(K) Friedenssicherung nicht nur eine militärische Frage	86
„Keine Gewalt“ – oder: Ist die Institution des Krieges zu überwinden? (<i>Thomas Hoppe</i>)	88
GKS und Militärseelsorge auf dem Katholikentag (<i>Klaus Brandt</i>)	100
Treffpunkt „Konziliarer Prozeß“	
(K) Militärseelsorge: Nicht ob, aber wie	102
(K) Kinder des Kalten Krieges – wo ist unsere Zukunft?	104
Treffpunkt „Frauen“	
Frauen in Europa – die vergessene Hälfte? (<i>Astrid Deusch</i>)	106
„Unterwegs zur Einheit“ (<i>Bischof Karl Lehmann</i>)	134

KIRCHE UND STAAT

Die Neuordnung der Bistümer in Deutschland (<i>Paul Schulz</i>)	137
---	-----

GESELLSCHAFT NAH UND FERN 148

Alles hat seine Zeit (<i>Helmut Fettweis</i>)	148
Weichen für die Entwicklung und den Auftrag der Bundeswehr gestellt (<i>PS</i>)	151
Leitsätze des Bundesverfassungsgerichts zu internationalen Einsätzen der Bundeswehr	152
Konzeptionelle Leitlinie zur Weiterentwicklung der Bundeswehr ...	154
Nicht Siegen sondern Dienen (<i>Klaus Liebetanz</i>)	163
Interview mit Enno Bernzen (<i>Josef König</i>)	170
Wenn Soldaten Frieden sagen ... (<i>Helmut Fettweis</i>)	173

AUS GKS, PGR UND AMI

Familienurlaub mit dem AMI 1994 in Bad Aussee (<i>Klaus Költzsch</i>)	177
---	-----

INFORMATIONEN 180

92. DEUTSCHER KATHOLIKENTAG

„Unterwegs zur Einheit“

Klaus Brandt

Dies war das Motto des 92. Deutschen Katholikentags des Zentralkomitees der deutschen Katholiken vom 29.06.–03.07.1994 im gastgebenden Bistum Dresden-Meißen.

Der Willkommensgruß forderte Christen und ihre Kirchen auf, mehr denn je sich der immer neuen Frage nach dem Sinn des Lebens anzunehmen. „Im gemeinsamen Dialog mit Nichtgläubigen“ – die jungen Bundesländer sind christliche (religiöse) Diaspora –, „Muslimen und Juden,

mit den Gästen aus Europa und der Welt genauso wie mit den Bürgerinnen und Bürgern Dresdens wollten Christen beim Katholikentag tragfähige Perspektiven für das eigene Leben und für das Zusammenwachsen Deutschlands, Europas und der Einen Welt diskutieren.“ Ein offener und transparenter Katholikentag sollte es werden – das ist gelungen.

Auf der 2,5 km langen „Kirchentagsmeile“ vom Hauptbahnhof – Wiener Platz, entlang der Prager Straße, über



Blick in die „Kirchentagsmeile“ mit Zelten und Pagoden vom Wiener Platz aus in Richtung Prager Straße

Foto: Brockmeier

den Altmarkt zur Augustusbrücke als Elbübergang bis zum Albertplatz waren die 220 gelb-weiß-gestreiften Zelte und die Pagoden nicht zu übersehen. Die „Meile“ war in vier Abschnitte mit je einer Open-Air-Bühne aufgeteilt:

Der erste Teil unter dem Motto „... **damit Leben lohnt**“ war geprägt von Ordensgemeinschaften, Geistlichen Bewegungen, Diözesen, aber auch der Gemeinschaft Christlicher Motorradfahrer.

Im zweiten unter dem Leitwort „... **damit Einheit gelingt**“ präsentierten sich 39 Verbände, darunter Hilfswerke wie ADVENIAT, RENOVABIS oder Pax Christi. Auch die Katholische Polizeiseelsorge war hier vertreten. In diesem Bereich diskutierten polnische Theologiestudenten über die Ost-West-Begegnung.

Der dritte Abschnitt stand unter dem Thema „... **damit Menschheit überlebt**“. Zu dieser zentralgelegenen Gruppe gehörten Entwicklungshilfe-Organisationen sowie der gut besuchte Standort der Militärseelsorge und der Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS).

„... **damit Glaube wächst**“ war die vierte Teilstrecke überschrieben, wo in 50 Zelten verschiedene katholische Organisationen, wie z.B. die Arbeitsgemeinschaft Katholischer Presse (AKP), der Bund Katholischer Unternehmer (BKU) oder die Arbeitsgemeinschaft der Pfarrhaushälterinnen ihre Ziele und Aufgaben darstellten.

Über ganz Dresden verteilt wur-

den in zentralen Veranstaltungen, Werkstätten, geistlichen Zentren und Treffpunkten die verschiedensten Themengebiete vertieft. Viele Gottesdienste – auch in evangelischen Kirchen – dienten der geistlichen Begleitung. Kulturelle Veranstaltungen aus den Bereichen Musik und Theater sowie Ausstellungen rundeten den Katholikentag ab.

Insgesamt war es ein kleinerer als früher, aber heiterer, oft zum Nachdenken anregender Katholikentag. Sein Motto bezog sich nicht nur auf die deutsche Einheit, sondern auch auf die Einheit der Welt. Die Suche der Menschen nach einem geistigen Standort zeigte sich besonders in dem kaum zu stillenden Wunsch der Besucher nach Informationsmaterial.

Fragen, die im Zentrum des Katholikentagsprogramms standen:

- ⇒ **Wie verwirklichen wir den wirtschaftlichen Ausgleich, die soziale Gerechtigkeit, den Lebensschutz?**
- ⇒ **Wie gehen wir mit denen um, die aus aller Welt zu uns kommen?**
- ⇒ **Wie übernehmen wir Verantwortung in der Gemeinschaft der Völker?**
- ⇒ **Wie sollen wir mit unserer Umwelt umgehen?**

Botschaft des Hl. Vaters, Papst Johannes Paul II., an den 92. Deutschen Katholikentag

Meinem verehrten Bruder
Joachim Reinelt, Bischof
von Dresden-Meißen

Verehrter Mitbruder im Bischofs-
amt!

Liebe Schwestern und Brüder!

„Unterwegs zur Einheit“ – unter diesem Leitwort seid ihr zum 92. Deutschen Katholikentag in Dresden zusammengekommen. Mein herzlicher Gruß gilt Euch allen, die Ihr Euch heute zum Hauptgottesdienst auf dem Platz vor der ehrwürdigen Hofkirche versammelt habt. Vor einigen Jahren noch hätte sich kaum jemand vorstellen können, daß im Herzen der Stadt Dresden deutsche Katholiken aus West und Ost zusammen kommen. Vom unvergeßlichen Katholikentreffen in Dresden 1987 spannt sich ein lebendiger Bogen zum Katholikentag 1994. Wahrhaftig, Ihr seid unterwegs zur Einheit.

Die Programmgestaltung und Durchführung dieses Katholikentages und nicht zuletzt die Mitarbeit so vieler evangelischer Christen zeigen, daß die Christen in Deutschland unterwegs zur Einheit sind. Euer Zeugnis für die befreiende Botschaft Jesu Christ be-



kommt durch das ökumenische Engagement einen noch glaubwürdigeren Charakter.

Von besonderer Relevanz ist in Eurem Land der Dialog mit den Nichtglaubenden und Nichtgetauften. Auch sie habt Ihr an Eurer Arbeit und an Euren Gesprächen beteiligt. Beim Aufbau einer neuen Welt und auf dem Weg zur Einheit sind alle Menschen guten Willens aufgerufen, zusammenzuarbeiten und ihren Beitrag zu leisten. Wenn Einheit gelingen soll, dann geht es zuallererst darum, füreinander Verständnis und Solidarität aufzubringen. Auf einer solchen Basis werdet Ihr auch die großen wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen, vor die ihr Euch gestellt seht und die manchen bedrängen und in Resignation verfallen lassen, lösen können. Als tragender Grund für eine zukunftsorientierte und verlässliche Entwicklung des gesellschaftlichen Lebens muß unsere besondere Aufmerksamkeit auf die Familie gerichtet sein. Denn „die Familie ist in

lebendiger, organischer Weise mit der Gesellschaft verbunden; (...) durch ihren Auftrag, dem Leben zu dienen, bildet sie daran Grundlagen und ständigen Nährboden. In der Familie wachsen ja die Bürger heran, und dort finden sie auch ihre erste Schule für jene sozialen Tugenden, die das Leben und die Entwicklung der Gesellschaft von innen her tragen und gestalten“ (Familiaris consortio, Nr. 42).

Unter den Schwächeren und Benachteiligten kann uns das Schicksal der Arbeitslosen nicht gleichgültig lassen. Vielfältige Anstrengungen sind notwendig, damit möglichst viele von ihnen neu in den Arbeitsprozeß integriert werden können. Es ist Aufgabe aller in Wirtschaft und Staat Verantwortlichen, „die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, die in jedem Fall ein Übel ist und, wenn sie große Ausmaße annimmt, zu einem echten sozialen Notstand werden kann. Ein besonders schmerzliches Problem wird sie, wenn sie vor allem die Jugendlichen trifft, die (...) keinen Arbeitsplatz finden können und ihren ehrlichen Arbeitswillen und ihre Bereitschaft, die ihnen zukommende Verantwortung für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der Gesellschaft zu übernehmen, schmerzlich frustriert sehen“ (Laborem exercens, Nr. 18).

Unterwegs sein zur Einheit bedeutet unterwegs sein zum Menschen. Darum muß der Mensch im Mittelpunkt aller Anstrengungen stehen, so wie ihn Gott gemacht und geschaffen hat. An-

gesichts des Auftrages, die Zukunft aus dem Geist des Evangeliums zu gestalten, muß uns immer bewußt bleiben, daß der „Mensch der Weg der Kirche“ ist (Centesimus annus, Nr. 53). Nur unter Berücksichtigung der Erhaltung des Systems von geistigen und geistlichen Werten kann eine Gesellschaft wahrhaft menschlich sein. Je mehr es gelingt, auch das wirtschaftliche Leben am Menschen zu orientieren, um so erfolgreicher kann Euer Land dazu beitragen, daß die Verhältnisse in Europa und in der Welt ein menschliches Antlitz tragen.

Liebe Schwestern und Brüder, die tiefste Einheit ist und in Jesus Christus geschenkt. In ihm, in seinem Kreuzes Tod und in seiner Auferstehung, ist die Einheit zwischen Gott und den Menschen sichtbare und wirksame Realität geworden. Gesellschaftliche Einheit ohne legitime Vielfalt ist in der menschlichen Geschichte allzu oft in Diktaturen entartet, wie in unserem Jahrhundert viele Teile Europas schmerzlich erfahren mußten. Vielfalt ohne Verankerung in verbindender Einheit aber droht in Beliebigkeit abzugleiten, wie sie uns in vielen Bereichen der modernen Zivilisation entgegentritt. Wir müssen zu einer Einheit finden, die Vielfalt einschließt. Hier einen Beitrag zu leisten und Veränderungen menschlicher Strukturen zu ermöglichen, fühlt sich nicht zuletzt die Kirche aufgerufen. Um ein solches Wachsen von Vielfalt in gemeinsamer Verantwortung zu fordern, haben sich die Katholiken in Deutsch-

land – und das möchte ich in diesem Zusammenhang dankbar in Erinnerung bringen – durch die Gründung des neuen Hilfswerkes RENOVABIS bereitgefunden; in Gebetsverbundenheit und durch großzügiges finanzielles Engagement arbeitet Ihr trotz wirtschaftlicher Engpässe in Eurem eigenen Land an den gesellschaftlichen und kirchlichen Aufgaben in Mittel-, Ost- und Südosteuropa tatkräftig mit.

Ihr seid zur Feier der Eucharistie versammelt. In ihr schenkt sich Jesus Christus und nimmt die Gläubigen in seine Einheit mit dem Vater hinein. Bit-

tet ihn um die Gnade, daß Ihr als die lebendigen Zeugen in Eure Heimatgemeinden zurückkehrt, damit die Kirche in ihrer Einheit ein vielfältiges Zeugnis für das Leben geben kann, das uns in Christus geschenkt ist.

Dazu erteile ich Euch, den Teilnehmerinnen und Teilnehmern des 92. Deutschen Katholikentages 1994 in Dresden, den vielfältigen Helfern und Mitwirkenden, die zu einem guten Gelingen dieser Begegnung beigetragen haben, von Herzen meinen Apostolischen Segen.

Aus dem Vatikan, am 21. Juni 1994

Anmerkung zur Dokumentation des Katholikentags in diesem AUFTRAG

Es ist schwer, aus der Fülle der Veranstaltungen eines Katholikentages die Ereignisse herauszufinden, die für die weitere Arbeit unserer Gemeinschaft Impulse geben können. Deshalb soll im Mittelpunkt der Berichte eine der zentralen Fragen des Katholikentages „**Wie übernehmen wir Verantwortung in der Gemeinschaft der Völker?**“ stehen.

Hierzu werden vor allem die Vorträge des Forums „**Kriege, Kriege – ohne Ende? Perspektive internationaler Friedenssicherung**“ wiedergegeben. Dieses war mit so hochkarätigen Persönlichkeiten wie Prof. Dr. Ernst Nagel, Gen a.D. Dieter Clauß, Prof. Dr. Dieter Senghaas u.a. besetzt. Auch das Referat von Dr. Thomas Hoppe „**Keine Gewalt – oder: ist die Institution des Krieges zu überwinden**“ steht damit in unmittelbarem Zusammenhang. Diese friedensethischen Überlegungen werden ergänzt durch die Dokumentation der **Leitsätze des BVerG zu „internationalen Einsätzen der Bundeswehr“**, die als Richtschnur für die politische Interpretation der ebenfalls in diesem AUFTRAG wiedergegebenen „**Konzeptionelle Leitlinie ... des BMVg**“ gelten können.

Allerdings wird der interessierte Leser feststellen, daß auch andere Themenfelder, wie z.B. „**die deutsche Einheit**“ (Gerl-Falkowitz), „**Frauen in Europa – die vergessene Hälfte**“ (Deusch) als Beitrag zum Jahresthema 1994 oder „**Überlegungen zur Frage einer allgemeinen Dienstpflicht**“ (Hoppe) aufgenommen wurden.

Soweit es möglich war, hat die Redaktion Kurzberichte wichtiger Katholikentagsveranstaltungen zur schnellen Information der Wiedergabe von kompletten Referaten vorangestellt. (PS)

Gemeinsam unterwegs, damit Einheit gelingt



Eröffnung des 92. Deutschen Katholikentags in Dresden

Mit einem Appell zur Einheit unter den Menschen, „in unserem Land, in der Kirche, in Europa und in der einen Welt“ hat **ZdK-Präsidentin Rita Waschbüsch** am Mittwochabend den 92. Deutschen Katholikentag in Dresden eröffnet. „Dresden ist der richtige Ort, um weitere Schritte auf dem Weg zur Einheit zu tun“, erklärte die Präsidentin des veranstaltenden Zentralkomitees der deutschen Katholiken vor rund 18.000 Menschen bei der Eröffnung auf dem Dresdener Schloßplatz. „Hier sind in dunklen Zeiten unserer deutschen Geschichte schmerzliche Opfer gebracht worden. Hier ist aber auch eine große Kraft der Zuversicht gewachsen und überall spürbar.“ Frau Waschbüsch äußerte ihre Freude, daß zu dem Katholikentag unter dem Leitwort „Unterwegs zur Einheit“ Menschen aus

Ost und West, aus vielen Ländern Europas und aus aller Welt teilnehmen. „Laßt uns wirklich jeden Schritt aufeinander zu tun“, sagte Frau Waschbüsch. Bei hochsommerlichen Temperaturen lud sie die Besucher bei aller Unterschiedlichkeit der Herkunft, der Meinungen und Lebensformen zur Mitfeier und zur Suche nach Einheit ein.

Es gibt viel mehr, was uns verbindet

Der scheidende **Bundespräsident Richard von Weizsäcker**, der mit lang anhaltendem Beifall begrüßt wurde, hat in einem Grußwort beim Dresdener Katholikentag die Deutschen zu gegenseitigem Verständnis, Achtung und Lernbereitschaft aufgerufen und vor Angriffen auf Zugewanderte und Flüchtlinge gewarnt. „Wir sind die

selben Menschen in Ost und West“, sagte er bei der Eröffnungsveranstaltung. „Es gibt viel mehr, was uns verbindet als was uns voneinander unterscheidet“. Den Katholiken dankte von Weizsäcker „für ihre Offenheit, ihre ökumenische Gesinnung und dafür, daß sie uns frischen Mut geben, damit wir gemeinsam den Weg finden, eins zu werden“.

Die Botschaft des Dresdener Katholikentags könne die Bürger anspornen, „sich dafür einzusetzen, daß niemand in unserer Gesellschaft ausgegrenzt wird“, so der Bundespräsident an dem vorletzten Tag seiner zehnjährigen Amtszeit. Gleichzeitig unterstrich er die Gemeinsamkeit der Christen, die „nicht getrennt unterwegs, sondern zusammen“ sei. Es gelte, mit jungen Menschen, die ohne religiöse Bindung aufgewachsen seien, „unvoreingenommen zu sprechen, ehrlich miteinander umzugehen“, ihnen zu helfen und Zuversicht zu geben. Innerhalb der Christenheit dürften die dogmatischen Unterschiede nicht die Oberhand behalten über die Gemeinsamkeit. „Die Glaubwürdigkeit der Christenheit hängt davon ab, daß wir dies in der Welt zusammen bezeugen“, sagte der Bundespräsident.

Sachsen ist genau der richtige Ort

Der sächsische Ministerpräsident, Kurt Biedenkopf, sagte bei einem Rundgespräch, daß Sachsen genau die richtige Stelle sei, um

unterwegs zur Einheit zu sein. Der Katholikentag könne hierbei viel leisten, wenn er als Begegnung von Menschen zwischen Ost und West betrachtet würde.

Der Oberbürgermeister der sächsischen Hauptstadt, Herbert Wagner, appellierte an alle Dresdener und Gäste, sich solidarisch zu verhalten. Er rief dazu auf, eine große Gemeinschaft zu bilden. Gerne würde er allen Gästen die Ruine der Frauenkirche zeigen, um ihnen das Aufbauprojekt zu erläutern. Der evangelische Kirchentagspräsident, Ernst Benda, gab „neidlos zu, daß die Katholiken schneller waren als wir“ mit der Wahl des Veranstaltungsortes in einem neuen Bundesland. Bei dem von dem früheren Moderator des Runden Tisches in der DDR, Karl-Heinz Ducke, moderierten Gespräch, verwies Benda auf den Kirchentag, der 1997 in Leipzig stattfinden und ebenfalls ein Stück zur Einheit beitragen soll.

Trennendes redlich ertragen

Die Theologin Hanna-Barbara Gerl-Falkovitz verwies in ihrer Rede zum Leitwort (Wortlaut der Ansprache siehe Seite 11–18) darauf, daß auf Einheit zugehen keineswegs heiße, in einförmige Langeweile zu verfallen, spannungsarm und monologisch zu werden, sondern Trennendes redlich zu ertragen. Unterwegs zur Einheit zu sein, bedeute

Entschiedenheit zur politischen und sozialen Reife. Die Mitglieder der geeinten deutschen Gesellschaft dürften nicht nur nach Arbeit, Einkommen und Kosten-Nutzen-Rechnung beurteilt werden, unterstrich Frau Gerl-Falkovitz. Einheit könne erst gelingen, „wenn menschliches Leben in jeder Phase geachtet wird: das sogenannte unproduktive, das kindliche, das alte wie auch das erwünschte und unerwünschte“.

„Wie kann man in Dresden ohne Hoffnung sein“,

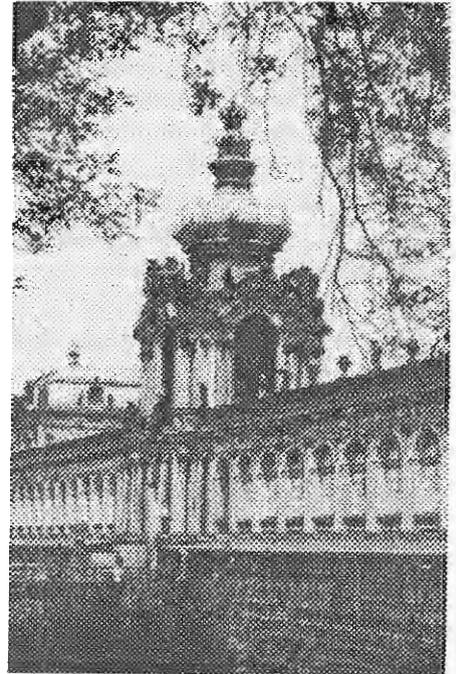
fragte **Joachim Reinelt, Bischof des Bistums Dresden-Meißen**, bei einem geistlichen Gespräch und verwies auf die Erfahrung der Demonstranten im Oktober 1989. Wichtigste Aufgabe der Kirche sei, den Wartenden, insbesondere den Arbeitslosen Hilfe und Vertrauen zu geben. „Ein Herz der Gesellschaft“ zu sein, Wärme, Verstehen und Fairneß auszustrahlen, forderte **Volker Kreß, Landesbischof von Sachsen**. Die Begegnung der Menschen und Kirchen sei trotz aller Unterschiede sehr wichtig.

Zeichen für das Zusammenwachsen setzen

Der Vorsitzende des Katholikentag-Trägervereins, Landtagspräsident Erich Iltgen, wies bei der Eröffnung darauf hin, daß in der fast 150jährigen Geschichte der Deutschen Katholikentage dieser der erste in Sach-

sen und der erste in einem jungen Bundesland sei. „Wir setzen damit ein gemeinsames Zeichen für das Zusammenwachsen der Deutschen im Vollzug der inneren Einheit“, hob Iltgen hervor. Die Teilnehmer rief er auf, aufeinander zuzugehen, die Sorgen und Nöte, aber auch die Freuden und Hoffnungen des anderen kennen und teilen zu lernen. Im Anschluß an die Eröffnungsveranstaltung lud Iltgen die Menschen zum kulturellen Abend in der Dresdener Innenstadt ein.

*Das Kronentor des
Dresdener Zwingers*



„Unterwegs zur Einheit“

Gedanken zum Leitwort des 92. Deutschen Katholikentags in Dresden 1994

*Hanna-Barbara Gerl-Falkovitz**

Unterschiede zulassen – Einheit reifen lassen

Manche Gaben stellen sich im nachhinein als Aufgaben heraus. Das mindert nicht ihren Charakter als Gabe, im Gegenteil: Sie fordern den Beschenkten heraus. Zum eigenen Zutun nämlich, zur Zugabe. Ein solches unverhofftes Gratis war die Einheit Deutschlands, die jetzt im nachhinein aus der Gabe zur Aufgabe wird. Was die Juristen ausgehandelt haben, wird sich nun erst in die lebendige, lebensmäßige Einheit verwandeln. Es gibt übellaunige Stimmen, die den seitherigen hohen Einsatz an Tempo, Geld und Menschen als böses Erwachen auslegen. Das ist ein Mißverständnis und verrät einen Märchenglauben an goldene Schlösser, die urplötzlich irgendwo im Wald stehen und in die man glücklich-ahnungslos hineinstolpert. Eben wurde gesungen von den „richtigen Worten, den guten Gedanken, dem längeren Atem“ – das sind die großangelegten

Antworten, die mehr als Hineinstolpern aufrufen, nämlich Zähigkeit, Anstrengung, Freude am Durchsetzen gegen mancherlei Trägheit und Auflehnung westlich wie östlich. Und darum geht es in diesen kurzen Stunden des Katholikentages: auf die zeitgemäßen Haltungen aufmerksam zu werden, sie wenigstens andeutungsweise gemeinsam zu trainieren – Haltungen, die dem komplizierten Gewebe und Gewirr der andrängenden Aufgaben gerecht werden. Und den Horizont zu zeigen, in den die Kräfte hineingeworfen werden können. „Unterwegs zur Einheit“ ist die für diesmal gewählte Suchformel. Sie kann ebenso für die nächsten Tage wie für die nächsten Jahrzehnte und Generationen gelten. Dabei mag es ein Ansporn sein zu wissen, wie die biologische Entwicklungstheorie (H. Spencer) sagt: Je stärker sich ein Lebewesen integriert, desto differenzierter werden seine Teile. Auf Einheit zugehen heißt also keineswegs, in einförmige Langeweile verfallen, spannungsarm und monologisch werden, sondern Spannungen in sich auswägen, Weg-

* Prof. Dr. Hanna-Barbara Gerl-Falkovitz ist Theologin und Professorin für Philosophie in Dresden

Anmerkung: Hervorhebungen und Zwischenüberschriften im Text durch die Redaktion

strebendes zusammenführen, Trennendes redlich ertragen. Einheit nicht der Diktatur und der Planierraupen, sondern Einheit des Vielstimmigen. Es gibt die ertrotzte Einheit, die alles Widerstrebende glattwalzt. Und es gibt die gelassene **Einheit mitten im zugelassenen Unterschied**. Wie reich könnte ein solches staatliches Gebilde mitten in Europa aussehen, wenn die kulturellen (nicht die ideologischen) Unterschiede zwischen Ost und West fruchtbar bleiben. Wirkliche Einheit ist polyphon, so wie eine wirkliche Beziehung immer aus zweien besteht. Am Horizont der Wanderung zu einer solchen vielgliedrigen, gelassenen Freundschaft mit sich selbst, die gerade für Deutschland so wichtig ist, stehen in diesen Tagen vier Themen wie Zielmarken. Wir sind nämlich nicht nur unterwegs, damit die politische in die lebensweltliche Einheit Deutschlands übergeht. Solche langfristige Einheit ist selbst vielmehr eine Frucht. Und diese reift organisch erst dann, wenn man gleichsam den gesamten Baum im Auge hat. So gruppieren sich um den Leitgedanken die vier Aufgaben, die über die politisch verstandene Einigung weit hinausgreifen, indem sie andere zögernde Zusammenschlüsse befördern, andere Spaltungen mindern oder überwinden.

1. „... damit Leben lohnt“ –
Sinngebung als Kulturaufgabe
 Denn am Boden aller staatlichen

und gesellschaftlichen Einigung wartet, gleichsam als Erstaufgabe, eine andere, ursprünglichere Wegsuche, „damit Leben lohnt“. Diese offene Formulierung deutet auf eine Wunde unserer Gesamtkultur: das Verblasen von Sinn. Leben meint zwar letztlich immer den Einzelnen, die eigene zuzeiten glückhafte, zuzeiten mühselige Suche nach Sinn, nach dem Größeren, dem man sich in seiner Lebenslinie getrost einfügen kann. Aber es ist doch zugleich eine Aufgabe der Gesamtkultur, den Blick für Sinn offenzuhalten, in den Künsten, in der Literatur, dem Denken, der Wissenschaft. Einen wir uns auch in der Suche nach dem in sich aufgerichteten und aufrichtigen Leben. Mancherorts, auch in der Wissenschaft, ist Sinn eine leere Vokabel geworden, die auf müdes Abwinken trifft: Der Mensch sei eine Fehlkonstruktion, Leben sei vergeblich beliebig. Vom Sinnlosen ernährt sich aber niemand; und die trotzige Haltung, die angeblich das Sinnlose heroisch besteht, ist letzten Endes ungläubwürdig, ja hilflos. **Damit Leben lohnt, braucht es das Brot des Sinnvollen**, das eigentliche „Lebenskraut“, **das übrigens wesentlich mit Freude zu tun hat**. Nun gehört es zu den heißen Fragen unseres Jahrhunderts, was (wer?) dieser Sinn sei – auch hier haben die Ideologien die Sicht verdunkelt. Im Osten ist der – zugegebenermaßen verordnete, scheinbar bergende – Sinnhorizont des Kollektivs weg-

gebrochen; im Westen nimmt die sich überschlagende Freiheit des Single überhand. Die beziehungslose Freiheit, östlich wie westlich, wird aber als unbestimmt-gleichgültig empfunden und verführt zu jeder Art von Rausch, zum chemischen Rausch, aber auch zum Rausch der Gewalt und Tabuverletzung, nur um die eigene Leere zu vergessen. So stehen viele, zu viele gegenwärtig Antwortlos vor der Frage: Wofür lohnt es sich zu leben? Die dringlich geforderte Werteerziehung wird als Notbremse dieses nicht selten verzweifelten Vakuums beschwo-

ren. Doch die Werte selber erhellen sich nur aus einem unverfügbaren, alles durchtränkenden Sinn. Früher nannte man ihn das Gute. Das ist ein Name, mit dem die ungeheure Anziehung gemeint ist, die den Menschen tagtäglich in Bewegung setzt, im Kleinen wie im Großen. Diese ungeheure Anziehung besteht nicht allein in Sachen, nicht allein im Haben, nicht allein in Essen, Trinken, Schlafen und in bloßer Bedürfnisbefriedigung. Worin aber dann? Die heutige Kultur verharrt zögerlich, unsicher über Weg und Ziel. So ist tief

bewußt zu machen, gerade mit dem unausgeschöpften Potential des Christentums, daß jedenfalls der Mensch keine Sache, sondern eine „Richtung“ ist (Max Scheler). Woraufhin sind wir gerichtet? Wohin wenden uns die Werte? Jedenfalls nicht nur auf uns selbst, jedenfalls nicht in das Nichts – so weit war die Ernüchterung des Jahrhunderts dienlich. Ob aus der Ernüchterung wieder eine Zustimmung wird, daß es das Gute, den Guten gibt, und zwar als eine unzerstörbare Mächtigkeit, sollte die Kulturaufgabe der kommenden Zeit werden.

**Beziehungslose Freiheit
wird als unbestimmt-gleichgültig
empfunden und verführt
zu jeder Art von Rausch,**

- **zum chemischen Rausch,**
- **zum Rausch der Gewalt,**
- **zum Rausch der Tabuverletzung,**

nur um die eigene Leere zu vergessen.

2. „... damit Einheit gelingt“ – Einheit in Deutschland heißt Vielfalt

Wenn Einheit mehr ist als ein juristischer Vertrag und rechtsstaatlicher Zusammenhalt, dann muß sie klarerweise erst noch gelingen – so das zweite große Thema dieser Tage. Deutschland hat vor mehr als 100 Jahren, 1870, die Einigung seiner Staaten im deutschen Reich bereits einmal vollzogen; die damals gewonnenen Einheit ist allerdings zum Unsegen geworden. Die straffe politische Konzentration führte zu einer Selbst-

überschätzung der eigenen Stärke und zur überheblichen Abschottung von anderen Staaten. Das geschichtliche Gedächtnis kann daraus nur lernen, daß Einheit von Grund auf anderes bedeutet als Anlaß zum Eigendünkel. Das Gedächtnis kann aber auch auf die andere, besser gelungene Seite der Geschichte verweisen: daß nämlich Deutschlands bewährteste Tradition nicht im Zentralistischen, sondern im Föderalistischen besteht. Daß seine kulturelle und politische Stärke tatsächlich Vielfalt heißt: Vielfalt der Länder, der kulturellen Landschaften, der unterschiedlichen Heimaten, Dialekte, ethnischen Eigenheiten. Wird diese Aufgabe behutsamer Einigung möglicherweise erdrückend? Zumal die Last mehrerer politisch mißglückter Jahrzehnte noch unaufgearbeitet ist und jetzt schon böses Blut bei der versuchten Klärung macht? Übernehmen wir uns in der Generationenaufgabe zusammenzuwachsen? Hier ist auf die Genauigkeit der Sprache zu achten: Sich übernehmen entläßt zwei Bedeutungen, deren zweite in der Regel überhört wird: daß man nämlich in der großen, vielleicht übergroßen Aufgabe sich nimmt, Stand faßt, in

sich selbst einrückt. Es sieht so aus, als wäre jenem Kunstgebilde zweier noch dazu künstlich gegensätzlicher Staaten mitten in Europa, BRD und DDR, endlich das Übernehmen der eigenen, einen Kontur aufgenötigt worden. Ein solches Übernehmen ist Glück, nicht Unglück, fordert Reifung und alle Anstrengungen des Erwachsenwerdens. Der Regenschirm fremder Behütung ist ein für allemal entzogen, ebenso wie die künstliche Feindseligkeit und künstliche Identität zusammenbrechen; die Zeit der Selbst- und Fremdverantwortung ist unumkehrbar eingetreten. Unterwegs zur Einheit heißt hier unterwegs zur politischen Reife.

Deutschlands Einheit heißt Vielfalt: Vielfalt der Länder, der kulturellen Landschaften, der unterschiedlichen Heimaten, Dialekte, ethnischen Eigenheiten.

Unterwegs zur Einheit heißt unterwegs zur politischen und sozialen Reife.

Allerdings auch zur sozialen Reife. Unsere temporeiche Gesellschaft darf nicht bloß zum keuchenden Mitkommen und Mitlasten anleiten, bei dem man nach Fehlversuchen zum Überwintern in sozialen Wärmestuben ausgesondert wird. Unser Denken ist gewohnt, sozialen

Wert in Arbeit zu setzen; das ist von der Sache her auch begründet. Denn der Mensch ist „ein Sohn des Widerstandes“, wie das chinesische Sprichwort sagt, und Arbeit ist eine solche erstrangige Form der Auseinanderset-

zung mit Sachen, und wesentlich zum gemeinsamen Nutzen. Aber wir haben verlernt, und es soll kein bloßes Trostpflaster für die sein, die sich vergeblich um Arbeit mühen, daß der Mensch auch – wie weiterzuformulieren wäre ein „Kind der Freiheit“ ist. Und **Freiheit ist wesentlich auch Muße, Beisichsein**. Soziale Reife würde heißen, daß die Mitglieder unserer geeinten Gesellschaft nicht bloß nach Arbeit und Einkommen und Kosten-Nutzen-Rechnung beurteilt werden. Sondern erstrangig nach sich selbst. Einheit kann erst gelingen, wenn menschliches Leben in jeder Phase geachtet wird: das sogenannte unproduktive, das kindliche, das alte, das erwünschte, das unerwünschte. Jedes Leben hat eine in sich aufsteigende Würde. Unterwegs zur Einheit heißt unterwegs zur Achtung vor Freiheit, und sie trägt jeweils das – von mir nicht beurteilbare und verurteilbare – Gesicht des anderen.

3. „... damit Menschheit überlebt“ – Besinnen auf verschollene Tugenden

Die besondere Aufgabe der deutschen Einigung steht ferner in einem größeren Netzwerk, nämlich der Menschheit, damit sie „überlebt“. Freilich ist Leben nicht bloß Überleben. Denn Überleben ist die schwächste und eingeschränkteste Form der Existenz. Wir müssen aber einräumen, daß in vielen Teilen unserer Erde nur noch um das Überleben ge-

kämpft wird. In einem viel zu hörenden Ausdruck wie die „eine Welt“ beschworen; tatsächlich aber gibt es sie zumeist nur in der Sehnsucht der Armen und in den Anstrengungen der Wohlmeinenden, nicht zuletzt der Kirchen, deren Stimme an dieser Stelle immer noch die unbestochenste ist. Ein mittelalterlicher Satz spricht von einem „Netz der Freundschaft“, in das Gott seine Schöpfung geworfen habe (Hildegard von Bingen). Das Netz ist durch generationenalte Schuld, um nur die offenen und heimlichen Kolonisatoren zu erwähnen, an vielen Stellen zerrissen, die „Menschheitsfamilie“ in verschiedene Gruppen aufgeteilt, von den Habenichtsen über die, die ihr Auskommen finden, bis zu den „Habealles“ und „Kaufalles“. Verstärkt wird diese „Menschheitsfamilienteilung“ durch die bewußt gewordene Umweltkrise. Früher lebte man im Vertrauen auf ein nicht bloß unerschöpfliches, sondern sogar selbstheilendes System, an eine Überfülle von Gaben aus Händen, Busen, Schoß der Mutter Natur. Statt dessen scheint die unerschöpfliche Mutter heute erschöpft, von Algen zugewachsen, dem Hitzekollaps nahe, von schmelzenden Polkappen ertränkt. Aber über die wirtschaftliche und ökologische Zielsetzung der einen Welt hinaus sind auch und gerade die politischen Sünden des 20. Jahrhunderts mühsam abzutragen. Denn aus dem Geist und Ungeist des Jahrhundertanfangs stammte der viel-

köpfige totalitäre Drache. Ihm entsprang das Jahr 1917 ebenso wie das Jahr 1933 und deren Folgen, die heute erst, nach immer noch unbegriffenen und unbegreiflichen fünf Jahren aufzutauen beginnen. Das Festfrieren der Geschichte auf ein Ende, das jetzt Gottseidank nur als ein Zwischenhalt erscheint, hatte sich auf den halben europäischen Kontinent und auf einen großen Teil Asiens und zum Teil Afrikas gesenkt, als zeitlose totalitäre Nacht. Daß die Folgelasten für die gesamte Welt und insbesondere für unsere östlichen Nachbarn noch unübersehbar sind, verdunkelt den politischen Horizont unmittelbar und vermutlich noch für lange. In dieser Lage gilt es, sich auf den gemeinsamen Weg zu machen, fast nur noch mit der paulinischen Hoffnung wider der Hoffnung in der Tasche. Aber sie hat ja auch vor fünf Jahren gegriffen; nur wird der Weg jetzt notwendig wirklich längeren Atem fordern. Die Schatzkammer christlichen Gedächtnisses sollte daraufhin noch einmal durchforstet werden. Denn **vielleicht treten an dieser Stelle verschollene Tugenden in ein neues, unerwartetes Licht: zuallererst die Tapferkeit, flankiert von Mäßigung, Klugheit und Gerechtigkeit.**

4. „... damit Glaube wächst“ – **Aufbruch, Charisma, Vision sind erforderlich**

Noch in einem letzten Bereich sind wir gemeinsam unterwegs: „da-

mit Glaube wächst“. Unterwegs sein im Glauben ruft zunächst ein leicht faßliches und ein wenig unverbindliches Bild auf, fast ein Klischee.

Darin tönt aber der ungeheure Resonanzboden der Geschichte auf, die urbildliche Wanderung eines anderen Volkes, das sich der Überlieferung nach 40 Jahren durch die Wüste quälte und zuweilen nach den Fleischtöpfen der alten Zustände jammerte. Mit dieser ebenso geschichtlichen wie symbolischen Urwanderung heraus aus Ägypten, dem Land der Fron und Fremdherrschaft, ist die Wanderung des Glaubens ihrer Idylle entkleidet. Denn letztlich steht die Welt der Glaubenden – heute vielfach in der Wüste. In der Wüste der eigenen Zweifel, in der Wüste einer atheistischen und agnostischen Kultur, die das Heilige und den Heiligen nicht mehr kennt und seinen Namen scheut. Aus diesem „Ägypten“ der Gottvergessenheit herauszukommen, **bedarf des gesammelten Aufbruches. Es braucht Charisma und Charme der Glaubenden. Es bedarf der gemeinsamen Vision.** Zu dieser Vision gehört noch etwas Alltägliches. In unserem Land ist vor 470 Jahren eine Glaubensspaltung erfolgt, die ähnlich wie die frühere Spaltung der Ost- und Westkirche bis heute die Christenheit in einem unfruchtbaren Streit hält, der ihr Wandern nach dem fernen Ziel beeinträchtigt. Zwar ist der Weg in Anläufen wieder gemeinsam besritten, theoretisch wie von der Seh-

sucht vieler; aber immer noch ist das nebeneinander schmerzlich. Um so schmerzlicher, als der Weg selbst ja Christus ist; wie lange braucht es noch, damit wir uns mit anderen Glaubensgemeinschaften, mit dem Judentum zuerst, dem lange verfehten, auf dessen Ölbaum wir doch als Christen aufgepfropft wurden, wie Paulus schon vor 2000 Jahren mahnte. Auch hier ist der Glaube an den Einen und Selben Gott zu entdecken, woraus die gemeinsame Wanderung zu dem Einen Anfang über allen Anfängen sich speist. Und neu ins Bewußtsein zu holen ist die Tatsache, daß auch der Islam sich auf den gemeinsamen Vater Abraham beruft, den Vater des Glaubens, hinter dem ja ebenfalls der Eine steht. Es wird sicher keine „Einheit“ im Bekenntnis mit diesen Religionen geben, aus guten Gründen nicht, aber doch eine gemeinsame Bewegung in eine verwandte Richtung, ja auf ein zutiefst gesuchtes und gleich geahntes Antlitz zu, und das Wissen und Mühen darum wäre schon ein Gewinn.

Letztlich sei noch auf eine Versuchsung aufmerksam gemacht, die gerade der deutschen Geistesgeschichte nicht fremd ist, nämlich beständig auf etwas hin unterwegs zu sein, ohne es je einzuholen – immer die Frucht später versprechend, immer vom Alten sich abstoßend, aber nie „angekommen“, immer berechtigt, unzufrieden und unruhig zu sein. Und wenn schon so etwas wie Ernte, dann erst, wenn

wir sie erarbeitet haben, mit harter Mühe, – ja mit jener Entsagung, die allem Nichtgelassenen eignet. Dies führt zu einem Selbstvergessen in der Dauersuche und Dauerrevolte, während das wirklich gelassene Dasein jetzt und heute schon zufrieden ist, nicht aus eigener Anstrengung, sondern weil es sich ergänzen läßt – aus einer Quelle, die man nicht selber verwaltet. Dazu ein Gleichnis: Von den zwei Paradiesesbäumen heißt einer im Hebräischen „*ezosipri*“ = Baum macht Frucht, der andere „*ezpri*“ = Baum ist Frucht. Der erste ist der gefährliche, der sein Selbstverständnis im Machen hat und im Zerteilen der Zeit in Abschnitte von „jetzt noch nicht“ und „dann später, wenn alles geleistet ist“. Dieser Baum kennt keine Zukunft außer der, die er selber zuläßt: damit tötet er das von selbst Kommende. Der zweite dagegen ist der Baum des Lebens, der durchscheinend ist auf das Spätere und es ohne Ungeduld erwartet. So läßt sich das tiefe Glück in der Bibel nicht „machen“; man muß es sich zufallen lassen. Hier wirkt die altbekannte, trotzdem von jeder Generation neu zu lernende Dialektik des Glücks: Die ganze Welt gewinnen wollen, heißt sie verlieren; um Seinetwillen verlieren, heißt die ganze Welt und sich dazu gewinnen. Es ist der Glaube, der solche Bilder hat, und mehr als Bilder: Wirklichkeiten. Daß man sich bei aller Mühe etwas schenkenlassen kann, und daß das Geschenk alles über-

steigt, was man erhoffen und erträumen konnte: das sind jene Überraschungen, auf die nur der Glaube aufmerksam macht. „Bitte Gott um ein Glas Wasser, und er wird dich ins Meer werfen.“ (Paul Claudel) Wir

haben Gott zaghaft um Einheit gebeten und sind vor fünf Jahren ins Meer geworfen worden; es kommt jetzt auf den Dank und das Erbitten anderer Einheiten und auf das unerschrockene Schwimmen an.

„Ein bedeutsames Signal für unsere zerrissene Welt“

Pressekonferenz:

Noch nie hat es nach Angaben des **Dresdener Bischofs Joachim Reinelt** einen Katholikentag gegeben, „bei dem so viel Engagement der evangelischen Schwestern und Brüder erkennbar gewesen ist wie in Dresden“. Diese erkennbare Einheit unter Christen werde „hoffentlich ein bedeutsames Signal für unsere zerrissene Welt sein“, sagte Reinelt vor Journalisten am Donnerstag auf dem Katholikentag. Nach der Wendé führe die beiden christlichen Kirchen nicht mehr gemeinsame Bedrängnis zueinander, sondern die Dankbarkeit gemeinsamen Glaubens und „die Erfahrung einer Freiheit, von der wir hier in Dresden früher nur träumen konnten“. Nach Einschätzung des

Bischofs werden die Gesprächsangebote des Katholikentreffens von den Einwohner Dresdens „voll angenommen“.

Als eine „gute Herausforderung“ für die evangelisch-lutherische Kirche bezeichnete der **evangelische Landesbischof Volker Kreß** den Katholikentag in Dresden. Zum einen könnten sich die evangelischen Christen als gute Gastgeber bewähren, zum anderen biete sich die Chance, an die selbstverständliche Zusammengehörigkeit der beiden christlichen Kirchen in den vergangenen Jahrzehnten anzuknüpfen. Was die Kirchen gemeinsam umtreiben müsse, sei, so Kreß, die Frage nach der Rolle des Glaubens in einer

säkular gewordenen Welt. Im Dialog zwischen den Kirchen im westlichen und östlichen Teil Deutschlands könnten die östlichen Kirchen ihre „Diasporaerfahrung“ einbringen.

Der Vizepräsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK), Hans Joachim Meyer, erinnerte an zwei große christliche Begegnungen in Dresden vor der Wende: An das Katholikentreffen 1987 und an die anschließenden öku-

menischen Versammlungen für Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung. Der 92. Katholikentag, der erste in den neuen Bundesländern, hat nach den Worten Meyers die besondere Aufgabe, ostdeutsche Erfahrungen in einen gesamtdeutschen Dialog einzubringen. Allerdings dürfe der Katholikentag nicht auf die „ostdeutsche Dimension“ reduziert werden, so Meyer.

(ZdK)



Foto: Brockmeier

Zelte der GKS (li) und der Militärseelsorge (re) auf der „Katholikentagsmeile“

Zur Beteiligung von Militärseelsorge und Gemeinschaft Katholischer Soldaten auf dem Katholikentag siehe Berichte auf den Seiten 99–104.

Themenkreis

„... damit Leben lohnt“



Was macht den Menschen zum Menschen?

Auch in Demokratie und freier Gesellschaft ist das Menschsein bedroht

Kurzbericht

Die Bedrohung des Menschen unserer Breitengrade sieht **Bundesarbeitsminister Norbert Blüm** in der Überhäufung von Wohltaten, nicht mehr in einer Diktatur. „Da haben wir unsere Lektion aus den Fehlern gelernt“, sagte Blüm beim ersten Forum zum Themenkreis „... damit Leben lohnt“ auf dem Dresdener Katholikentag am Donnerstag vormittag. Den Besuchern in der bis auf den letzten Platz gefüllten Kreuzkirche rief er zu, sie sollten den Politikern und wissenschaftlichen Experten mißtrauen, die mit dem Versprechen daherkämen, alle Probleme lösen zu können. Der Name Dresden erinnere ihn an eine Kundgebung im Dezember 1989 vor der Frauenkirche; da seien die Menschen voller Hoffnung auf Freiheit und Einheit gewesen. „Ich wünsche mir, daß von dieser Sehnsucht etwas erhalten bleibt“, sagte Blüm. Eine Gesellschaft von Zufriedenen, eine „Menschheit ohne Leiden“ sei machbar, aber um

den Preis des Verzichts auf Freiheit, betonte der Arbeitsminister.

Die Menschen im staatlich verordneten Sozialismus, erinnerte der **Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, der Mainzer Bischof Karl Lehmann**, in seinem Statement zum Forum über „Menschenrechte und Lebensrecht“, hätten sich trotz jahrzehntelanger Manipulation Nischen geschaffen, um wenigstens im privaten Raum ein Stück letzter Unabhängigkeit zu bewahren. „Auch wenn wir selbst kaum mehr geglaubt haben, das Blatt könne sich wenden, so ist die Sehnsucht nach Freiheit am Ende doch stärker gewesen als die vielen Fesseln und Gefängnisse“, sagte Lehmann. Daraus müßten wir die Lehre ziehen, daß „die Würde des Menschen, die in dieser Freiheit liegt“, nie verletzt werden dürfe; sie mache den Menschen zum Menschen, er dürfe niemals „Mittel zum Zweck werden“. Der Bischof begründete diese These mit der Gottebenbildlichkeit des Menschen;

in seiner Gestalt könne man Gott selbst begegnen.

Mehr Mut, für diese Überzeugung einzutreten, wünschte **Jan Sokol aus Prag** den Christen. Der frühere Parlamentspräsident der CSFR nach der Wende in der Tschechoslowakei sah die freiheitlichen Gesellschaften in Europa von Nebensächlichkeiten abgelenkt, was sie daran hindere, die eigentliche Bedrohungen zu erkennen: eine Leiblichkeit, die nach Ruhe, Bequemlichkeit und Sicherheit strebe, der geistige Tod, ein Bild von der Welt, das durch Reklame geschönt werde und Anpassung als nützlich erscheinen lasse. Das Ringen mit diesen neuen „Mächten und Gewalten“, diesen „tödlichen Sünden, die über uns regieren“ erfordere echten Kampf, „der unbedingt Mut verlangt“, schloß Sokol sein Statement.

Aus einer dreifachen Identität

müsse der Mensch sein Selbstverständnis gewinnen, erläuterte die Dresdener **Philosophieprofessorin Hanna-Barbara Gerl-Falkovitz**: aus der Spannung zwischen dem Ich und dem Wir, aus der Spannung mit sich selbst, aus der Spannung mit dem, was den Menschen übersteige, daraus baue sich diese Identität des Menschen auf. Er müsse das einordnen in die vielfältigen Gruppen, in denen er lebe, ebenso lernen wie die Übereinstimmung mit sich selbst, die Selbstbeherrschung, und die Kultur des Umgehens mit werthafte und religiösen Fragen. Wo diese mehrfachen Strukturen des Menschseins vergessen oder nicht gelebt wurden, werde die Menschwerdung schwierig, denn sie laufe Gefahr, auf einen einzigen Wert zu schrumpfen, resümierte die Philosophin: „Das kollektive Wir oder das erlebnishungrige, sich selbst vergötzende Ich.“ (ZdK)

Wie frei bin ich eigentlich? – Zwischen Beliebigkeit und Verantwortung

Freiheit ohne Grenzen nicht möglich

Kurzbericht

Das Thema sei ein „alter Hut“, denn schon die antiken Philosophen hätten sich mit der Freiheit und ihrer Begrenzung befaßt, gestand **Moderator Albert Herchenbach** zu. Doch

das Thema des Forums „Wie frei bin ich eigentlich?“, das von sieben Podiumsteilnehmern bestritten wurde, lockte über 1.500 Katholikentagsbesucher in den Kongreßsaal des Deutschen Hygiene-Museums, der

wegen Überfüllung geschlossen werden mußte. Von den Prominenten erwarteten die vorwiegend jungen Leute wohl konkrete Lebenshilfe für die Bereiche Partnerschaft, Medien und Medizin. Naturgemäß mußten die Antworten eher grundsätzlich klingen.

Klärend und provozierend stellte der **Berliner Jesuitenpater Klaus Mertes** fest: „Wir sind nicht frei“ und warnte davor, den Begriff der Grenze gegen den der Freiheit auszuspielen. Die Grenze würde vielmehr befreien. Die wahre Freiheit sei selbstlos. Die **Berner Psychologin und Therapeutin Catherine Herriger** betonte, in einer Ehe dürfe keiner der Partner auf die Dauer zu kurz kommen, da die Verantwortlichkeit für den anderen nicht größer sein könne als für einen selbst. Sonst sei eine Trennung angeraten. Für **Dr. Werner Remmers**, **Vizepräsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken**, klang dies zu individualistisch. Man müsse auch Durststrecken überwinden und einüben, mit Schwerem fertigzuwerden. Der **Religionsphilosoph Prof. Dr. Jörg Splett** merkte an, der Mensch brauche nicht nur eine Grenze, sondern auch eine Kontur, damit er eine Gestalt habe. Überdies meinte er: „Beliebigkeit ist Unfreiheit“.

RTL-Sprecher Peter Hoenisch beklagte, daß es in der Gesellschaft keine Übereinstimmung über allgemeingültige Werte gebe. Diesen Zustand spiegle auch das Fernsehen wieder, es sei nicht „die moralische Anstalt der

Nation“. Den richtigen Gebrauch neuer Medientechnologie zu vermitteln sei nicht Sache des Fernsehens, sondern jedes einzelnen. Der **Bonner Journalist Martin Lohmann** nannte diese Einstellung „zu simpel“ und wurde darin aus dem Publikum unterstützt. Zur Freiheit der Medienschaffenden gehöre auch die Verantwortung.

Der **Rechtsmediziner Prof. Dr. Hans Bernhard Wuermeling** prophezeite, daß die Medizin die Grenze der Gerechtigkeit erreichen werde. Bald würden nämlich weder Kräfte noch Geld ausreichen, um allen Menschen medizinisch helfen zu können, die Hilfe nötig hätten. Eines Tages könnte die Frage lauten: „Darf man jemanden sterben lassen, wenn es sich nicht mehr ‘lohnt‘“? (ZdK)

wahrheitsgetreu

aktuell

weitoffen

rc
RADIO
CAMPANILE

... Radio aus
 christlicher
 Verantwortung



Forum „Wie mit Fremden leben?“

Chancen und Probleme einer offenen Gesellschaft

Statement von Weihbischof Franz Grave, Essen

Wie Sie wissen, komme ich aus dem Ruhrgebiet, das zum größten Teil mit dem Bistum Essen identisch ist.

Im Ruhrgebiet wird man bisweilen scherzhaft, aber nicht ohne Grund gefragt: „Hast Du auch eine polnische Großmutter?“. Die Antworten darauf sind selten abweisend. Nicht wenige die aus Duisburg, Essen oder Bochum kommen haben einen polnischen, italienischen oder österreichischen Vorfahren. Viele können Ihre Familienlinien in die Niederlande, nach West- oder Ostpreußen oder Schlesien zurückverfolgen. Um es ganz deutlich zu sagen, ich rede nicht von Menschen, die nach 1945 ins Ruhrgebiet kamen, sondern die bereits im 19. Jahrhundert oder vor oder nach dem Ersten Weltkrieg – Arbeit und Wohnung suchend – in diese Region einwanderten. Hier haben sie gemeinsam mit den Ansässigen eine neue Kulturregion geschaffen.

Der Zustrom „neuer Fremder“ ist auch nach dem Zweiten Weltkrieg nie abgerissen: Zwangsarbeiter, die blieben, Flüchtlinge, Vertriebene, dann Gastarbeiter und Aussiedler, Familienangehörige der sogenannten Gastarbeiter und wiederum Spätaus-

siedler, Asylsuchende und Kontingentsflüchtlinge in unseren Tagen. Es dürfte nicht viele Großstädte oder Regionen in Deutschland geben, in denen so viele unterschiedliche Nationalitäten, Sprachen, Religionen und „Kulturen“ anzutreffen sind wie im Ruhrgebiet. Diese Region ist wohl einer der größten und bedeutendsten „Schmelztiegel“ in Europa.

Wanderungen oder, wie man heute sagt, Migrationen hat es zu allen Zeiten gegeben. Davon weiß schon die Bibel zu berichten. Aus den verkarsteten und unfruchtbaren Gebieten, die das Volk nicht mehr zu ernähren vermochten, suchte man Zuflucht in fruchtbaren Gegenden um Euphrat und Tigris am Nil oder in Palästina. Heute richten sich die Flüchtlingsströme nur zum **kleinsten** Teil in die hochentwickelten Staaten. Ungleich mehr fliehen in die Nachbarschaft und bleiben letztlich in vergleichbarem Elend.

Dagegen diskutiert man in den reichsten Ländern der Welt, ob man in der Lage ist, Flüchtlinge und Asylsuchende aufzunehmen.

Die Bergpredigt schließt mit der Goldenen Regel: „Alles was ihr also von anderen erwartet, das tut auch

ihnen! Darin besteht das Gesetz und die Propheten.“ (Mt 7,12) Dies ist die Forderung nach universeller Unparteilichkeit. Niemand darf für sich beanspruchen, was er nicht – unter gleichen Bedingungen – jedem anderen zuspricht. Diese Unparteilichkeitsforderung finden wir in allen Weltreligionen. Sie steht auch im Hintergrund von Artikel 1 unserer Verfassung: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ Es geht um die **Würde des Menschen**, nicht dieser oder jener Gruppe, Rasse oder Nation.

Nun kennen wir seit altersher das Fremden-, heute sagen wir das Ausländerrecht. Der Fremde gehört zu einem anderen Vaterland, ist dennoch auch außerhalb seiner patria nicht rechtlos, kein „out-law“. Bereits Moses gab diese Verpflichtung den Richtern mit: „Entscheidet gerecht, sei es der Streit eines Mannes mit einem Bruder oder mit einem Fremden. Kennt vor Gericht kein Ansehen der Person ... denn das Gericht hat mit Gott zu tun.“ (Deut 1,16 b f) Die Gleichheit aller vor Gott dem Schöpfer, wie auch vor dem erlösenden Gott, muß auch heute noch für Glaubende ein ausgeprägtes Interesse am Fremdenrecht erzeugen. Dies gilt um so mehr in einer christlichen Glaubenstradition, da Gottes Menschwerdung sich nicht zufällig unter solchen ereignete, die sich heute als „Marginalisierte“ – an den Rand Gedrängte – erleben und bezeichnen.

Der Universalismus, der sich im

Fremdenrecht ausdrückte, konnte damals wie heute nicht darüber hinwegtäuschen, daß nicht alle in den Kornkammern des Wohlstandes Platz hatten. Deshalb wird bis heute der Unterschied zwischen **Wohlwollen** und **Wohltun** selten so deutlich wie beim Flüchtlings- und Asylproblem und in den Fragen der Entwicklungspolitik. Unser Wohlwollen kann grenzenlos universal sein. Dem entsprechen leider nicht immer unsere Möglichkeiten des Wohltuns. Allen Kranken begegnen wir mit unendlichem Wohlwollen, wissen aber zugleich, daß die Medizin nicht allen tatsächlich und wirklich helfen kann. Damit können wir uns abfinden. Wir müssen diese Unterscheidung aber auch auf unser Problem übertragen: Begegnen wir den Asylbewerbern, die abgelehnt werden, den Flüchtlingen, deren Abschiebung verfügt ist, mit wirklichem **Wohlwollen**? Drücken wir ihnen gegenüber aus, daß es uns aufrichtig leid tut, ihnen nicht helfen zu können? Hier sind ernste Zweifel angebracht! Und auch bei denen die als Hilfsbedürftige anerkannt und als „Fremde“ unter uns leben stellt sich die Frage, ob wir Ihnen auch mit **Wohltun** begegnen?

„Deutschland den Deutschen, Ausländer raus!“ spricht nicht dafür. Es ist das Motto für Egoismus, Ablehnung, wenn nicht gar für Haß. Der Ausländer ist an allem Schuld, ohne ihn gäbe es weder Arbeitslosigkeit noch Wohnungsnot, noch die große

Zunahme an Kriminalität. Wer so eine neue Variante der „Sündenbocktheorie“ aufstellt, operiert mit Übelwollen, Ablehnung und er muß Wohlwollen und Wohltun systematisch abschaffen. Dem entsprechen hartherzi-

Asylgewährung ist immer eine Frage der Generosität; und wenn man generös sein will, muß man riskieren, sich gegebenenfalls in der Person geirrt zu haben. Das ist eine Seite davon, und darin liegt vielleicht auch die Würde



*Im Zelt der GKS: • Fremde begegnen sich
• hören einander zu • reden miteinander*

Foto: Brockmeier

ge Behandlung bei Behörden, Pöbeleien auf der Straße und eine Reaktion der Zuschauer vom Wegsehen bis zum Beifallklatschen bei jeder Art von Fremdenfeindlichkeit.

Es ist an Carlo Schmid zu erinnern, der bei der Beratung des Grundgesetzes im parlamentarischen Rat darauf aufmerksam machte: „Die

eines solchen Aktes.“

Die Asylgewährung erhält ihre Würde aus der Würde des Antragstellers. Eine rein ökonomische oder quantitative Einstellung zum Flüchtling, zum Asylbewerber, zum Fremden mag effizient sein, sie verspielt aber die Würde, die eigene wie die des anderen!

Ich möchte noch einmal auf das Ruhrgebiet zu sprechen kommen. Wie konnte es gelingen, daß durch die vielen Jahrzehnte hindurch die Integration des großen Zustroms an Fremden ohne große Auseinandersetzungen möglich war, während es heute in einer Wohlstandsgesellschaft offensichtlich Schwierigkeiten macht, auf Fremde zuzugehen.

Dies war aufs Ganze gesehen, in erster Linie ein Ergebnis der sozialen und ökonomischen Bedingungen. Das Ruhrgebiet bot Arbeit und Wohnung. Arbeitskräfte waren gesucht und so gab es keine Verdrängung und wenig Anlaß für Neid und Mißgunst gegenüber den Zuwanderern. Wohnraum wurde gemeinsam geschaffen. Die Zugewanderten beheimateten sich in der Regel bereits ansatzweise in der ersten Generation. Die meisten Zuwanderer der Vergangenheit kamen zudem aus einem christlichen Kulturkreis! Das hat es vor allem den Kirchen erheblich leichter gemacht. So hat die katholische Kirche im Ruhrgebiet bereits seit dem 19. Jahrhundert im Ruhrgebiet bis in unsere Zeit auf eine zwar national orientierte, aber nachbarschaftlich ausgerichtete Ausländerpastoral und -sozialarbeit gesetzt. Hierdurch konnte einer Ghettosierung vorgebeugt werden.

Für den Erfolg lassen sich als maßgebliche Beispiele erwähnen:

- die Öffnung kirchlicher Schulen und Kindergärten für Kinder ausländischer Familien,

- der Beitrag katholischer Jugend- und Sozialverbände, so vor allem der DJK und DPSG sowie das Zusammengehen von KAB und italienischer AGLL,
- die Bemühungen unserer Familienbildungsstätten und anderer Bildungs- und Sozialeinrichtungen.

Dem Wohltun, der wirklichen Hilfe, sind in der Flüchtlings- und Asylfrage Grenzen gesetzt. Darüber besteht allgemeiner Konsens. Doch wo die Grenzen liegen, bleibt immer noch offen. In der Pastoralkonstitution wurden die reichen Kirchen aufgerufen, den Armen zu helfen: „Nicht nur vom Überfluß, sondern auch von der Substanz“. Ich zweifle, ob wir als Kirche und als Gesellschaft schon an der Substanz angekommen sind. Ich kenne sehr wohl die Sorgen etwa der Gemeinden, die der Kosten für Unterbringung und Unterhalt der Flüchtlinge nicht mehr Herr wurden. Doch zugleich stehen hunderttausende von Ferienwohnungen die meiste Zeit im Jahr leer. Insgesamt also stellt sich doch als offene Frage, ob wir wirklich an den Grenzen der Generosität und der Gastfreundschaft angelangt sind.

Die Umgangssprache macht aus denen, die zwischen Hunger und Flucht zu wählen haben, „Scheinasylanten“ und „Wirtschaftsflüchtlinge“. Und diesen Worten unterliegt ein stark verurteilender, Beigeschmack. Hier bündeln sich fehlende

Bereitschaft zum Wohlwollen mit unterentwickelter Hilfsbereitschaft: Der Fremde wird nicht nur zur Last, sondern lästig. Da er unsere Rechte, die uns ja auch privilegieren, mitbeansprucht, wird er zum Konkurrenten außer Konkurrenz. Aus Fremden werden Feinde. Freund kann nur der eigene Volksgenosse sein. Auf diesem Grund wächst Nationalismus, jene Krankheit der europäischen Neuzeit, die das Teil für das Ganze setzt, die dem Eigenen Höherwertigkeit, dem Fremden Minderwertigkeit zuspricht und so den Reichtum und die gegenseitige Ergänzung aus kultureller Verschiedenheit verspielt.

Bei meinen Firm- und Visitationsreisen mache ich aber auch immer wieder beeindruckende Gegen Erfahrungen. Nach anfänglicher Unbeholfenheit haben immer mehr Pfarreien unseres Bistums über sehr unterschiedliche Gruppierungen der Jugend-, Familien-, Erwachsenen- und Caritasarbeit Zugang und Kontakte zu Asylbewerbern gefunden. In einigen Asylbewerber-Heimen sind aus Patenschaften bereits Partnerschaften geworden. Unübersehbar bleibt, daß Teile unserer Gemeinden und einzelne Mitglieder nach wie vor distanziert und passiv bleiben.

Hier muß mehr Phantasie entwickelt werden, gesamtgemeindliche Aktivitäten zu nutzen, um Räume der Begegnung und des Kennenlernens zu schaffen.

In den Pfarrgemeinderäten, in den Verbänden und anderen ehrenamtlichen Gruppen sollten mehr als bisher ausländische Schwestern und Brüder vertreten sein.

Nicht weniger geboten ist auch Beistand und Anwaltschaft für Fremde, die allein oft hilflos den Mühlen von Justiz und Verwaltung ausgesetzt sind. Ich bin stolz, wenn Menschen beispielsweise gegen Behördenwillkür bei der Abschiebung von Flüchtlingen reagieren. Ich spreche hier von den von Abschiebung bedrohten glücklosen Asylbewerbern, bei denen längst nicht immer die Rückkehr in das Heimatland zu verantworten ist. Ihnen hilft zum überwiegenden Teil bereits die zeitlich befristete Unterstützung bis zur nochmaligen Überprüfung ihrer Fälle.

Doch ich glaube, unser Ansatz muß tiefer gehen. Wir brauchen eine offene Gesellschaft, die es dann auch einer Regierung und einer Behörde ermöglicht, wohlwollend zu sein und bis an die Grenze des Wohltuns zu gehen. Dem Slogan „Ausländer raus“ haben wir zu antworten: Dieser Ausländer ist mein Freund, und wenn ich ihm nicht helfen kann, so befällt mich tiefe Trauer. Diese Universalität des Wohlwollens ist unsere sittliche Pflicht, zugleich schafft sie die Voraussetzung für Generosität und Gastfreundschaft!

Gestatten Sie mir noch ein letztes Wort zu dem meines Erachtens bisher noch nicht hinreichenden Bemühen

um Begegnung und Dialog mit Menschen anderer Religionen, vornehmlich des Islam, und somit vor allen den türkischen Mitbürgern, sowie jenen die aus Afrika oder Asien zu uns kommen. In diesem Bereich muß noch wesentlich mehr getan werden. Es beginnt bei der völlig unzureichenden Kenntnis über religiöse und soziokulturelle Gegebenheiten und endet bei bewußten Vermeidungsstrategien für persönliche Begegnung. Dem entsprechend bestehen hier auch die größten Vorurteile auf

beiden Seiten. Die überzeugendsten Beispiele, wie das zu verbessern wäre, erlebe ich vornehmlich in der offenen Jugendarbeit und bei den katholischen Sportvereinen. Es gibt auch einzelne Pfarreien, die hier vorzügliche Arbeit leisten. Noch ist das aber zu wenig. Hier müssen wir noch mutiger sein und mehr gute Beispiele geben. Vor allem aber ist auch dafür zu sorgen, daß in den Medien über diese guten Beispiele mehr und ausführlicher berichtet wird.

Gedanken zu einem Gebet – Vater unser, unser Vater

Günter Thyse

Die eigentliche Größe eines Menschen wird besonders deutlich in der Zeit seines Leidens. Als für Kinder und Enkel abzusehen war, daß meinem Schwiegervater nur noch wenige Tage verbleiben würden, häuften sich die an sich schon regen Besuche an seinem Krankenbett. Das Sprechen fiel ihm zunehmend schwerer und doch war er es, der sprach: mit den Augen, mit einem Händedruck, einem Lächeln. Er war es der durch diese Gesten uns Kraft vermittelte.

Heute weiß ich, woher er diese Kraft erhielt: Als gläubiger Mensch

und großer Marienverehrer sagte er mir einmal nach der Rückkehr von einer seiner Lourdes-Wallfahrten: „Immer wieder beten wir im VATER UNSER ‘Dein Wille geschehe, wie im Himmel, so auf Erden.’ Wenn wir uns dieses Satzes wirklich bewußt werden, ja darum bitten, dann müssen wir auch die wenigen schönen Stunden genießen, die uns bleiben.“

In dieser Hinsicht hatte er sehr viel zu akzeptieren: Gefangenschaft im Weltkrieg in Rußland, Heimkehr als Schwerebeschädigter, harte Arbeit und ein bescheidener Verdienst.

Als Christ beten ist eine Sache, als Christ **leben** ist eine andere. Unser Vater hat es gerade in seiner schwersten Zeit vorgemacht und *damit für uns* ein Zeichen gesetzt.

Themenkreis

„... damit Einheit gelingt“



Öffentliches Nachdenken über den Weg zur Einheit

Sensibilität für Lebensängste der Menschen in den neuen Bundesländern

Kurzbericht

Ihre Enttäuschung über die mit der Vereinigung der beiden deutschen Staaten verpaßten Chancen brachte die **Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages und bayerische SPD-Landesvorsitzende Renate Schmidt** im Rahmen eines Katholikentagsforums mit Künstlern, Theologen und Politikern im Deutschen Hygiene-Museum zum Ausdruck. Ein wichtiger Teil der Lebenserfahrung der Menschen in den neuen Bundesländern sei im Zuge des Einigungsprozesses „untergebuttert“ worden. Als Minderheit innerhalb des vereinigten Deutschlands habe die Bevölkerung der ehemaligen DDR zu wenig Chancen gehabt, sich politisch einzubringen.

Die mit „Öffentliches Nachdenken über den Weg zur Einheit“ betitelte Veranstaltung mit rund 400 Teilnehmern, darunter einer vergleichsweise hohen Zahl von Bürgern aus

den neuen Bundesländern, befaßte sich mit einem weiten Spektrum von Fragen des Einigungsprozesses zwischen Politik, Wirtschaft und Kultur. Der aus Mecklenburg stammende und zwangsweise aus der DDR ausgebürgerte **Schriftsteller und Journalist Ulrich Schacht** forderte dazu auf, die Defizite einer ganzen Politikergeneration aufzuarbeiten, weil sie sich weiterhin blockierend auswirken. Schacht zeigte sich empört darüber, daß der Kampf für die eine deutsche Nation auch in Westdeutschland hätte gekämpft werden müssen.

Erheblichen Widerspruch aus dem Publikum ertete Schacht mit seinem Hinweis, es sei absurd, den Lebensbedingungen der ehemaligen DDR in der gegenwärtig schwierigen Lage nachzutruern. Renate Schmidt erhielt Zustimmung für ihre Erwiderung, es gehe nicht um Nostalgie der ehemaligen DDR gegenüber, sondern um Sensibilität gegenüber den Lebens-

ängsten der Menschen in den neuen Bundesländern. Der **CDU-Bundestagsabgeordnete Johannes Nitsch** (Dresden) verwahrte sich gegen die „Negierung der Lebenserfahrung der Menschen in der ehemaligen DDR“. Der aus der früheren DDR stammende, aber heute in Westdeutschland lebende **Musikverleger Thilo Medek** kritisierte den Rigorismus, mit dem von der Treuhandanstalt „abgewickelt“ werde. In dem über weite Strecken vom Erzählen persönlich erlebter Geschichte geprägten Forum wies der **frühere bayerische Kultusminister und ehemalige ZdK-Präsident Hans**

Maier auf das „Schweigen“ des literarisch-kulturellen Teils der deutschen Öffentlichkeit im Zuge des Einigungsprozesses hin. Das Volk habe die Poesie geschrieben („Wir sind das Volk“; „Wir sind ein Volk“) bzw. ein Politiker wie **Willy Brandt** („Es wächst zusammen, was zusammen gehört“), nicht jedoch die Literatur. Maier sprach sich für ein differenziertes Fragen danach aus, was in Ost- wie in Westdeutschland an Kulturellem zu bewahren sei und was nicht. Eine Gegenüberstellung von Bonner und Berliner Republik lehnte Maier ab. (ZdK)

„Ich dachte, ich bin schlauer als die“

Kirche – operative Aufgabe des Ministeriums für Staatssicherheit

Kurzbericht

„Nicht mehr als eine Handvoll Fälle, die aus innerer Überzeugung oder Bejahung des Sozialismus für das MfS gearbeitet haben“, hat **Prälat Dieter Grande** bis jetzt bei der Untersuchung von Akten der MfS gefunden. Angst, Gewöhnung und Schmeichelei seien die Hauptgründe für eine Mitarbeit katholischer Priester, Ordensleute sowie haupt- und ehrenamtlicher Laien gewesen. 80 % der vorliegenden Fälle wurden nach seiner Erkenntnis ohne ihr Wissen als IM registriert. Au-

ßer der differenzierten Auswertung und Beurteilung der MfS-Akten müßte ein eingehendes Gespräch mit den Betroffenen erfolgen, „um Wahrheit und Lüge zu scheiden“. **Maria Luise Blazejewski vom Zentralkomitee der deutschen Katholiken und Minister Hans Joachim Meyer** gaben als vierten Grund für die Zusammenarbeit den Hochmut an. Das Gefühl den Stasi-Funktionären intellektuell überlegen zu sein, hätte Theologiestudenten und Professoren zu einer Zusammenarbeit verführt.

Bischof Joachim Wanke aus Erfurt sprach das gespaltene Verhältnis der Deutschen zum Phänomen der Schuld an. Mit dem Hinweis auf die gesellschaftlichen Verhältnisse, die Zeit- und Lebensumstände, würden sich die Betroffenen aus der „Schuld davonstehlen“. Er wandte sich gegen pauschale Verdächtigungen katholischer Geistlicher, forderte die Schuldigen jedoch zu einem Bekennen von Schuld und Versagen auf, um Vergebung zu erlangen. Aufklärungshysterie oder Begleichung alter Rechnungen „wären schlimm“, denn auch wirklich schuldig Gewordene sollten die Chance zu einem neuen Start bekommen, oder in ihren alten kirchlichen Aufgaben verbleiben dürfen.~

Dagegen gab Minister Meyer zu bedenken, daß das MfS nur ein Teil der Aufarbeitung ausmacht. Die Macht von Kadem und Parteisekretären wäre ebenso wichtig gewesen. Starken Beifall erhielt er für seine Forderung, die Verantwortlichen für die Menschenrechtsverletzungen herauszufinden und zu bestrafen. Zweimal betonte er, daß bis heute noch kein Hauptverantwortlicher des SED-Regimes zur Verantwortung gezogen und bestraft wurde. Nur dann könne am Ende des Weges zur Versöhnung gefunden werden. Die Fragen und Statements aus dem Publikum waren in puncto Vergeben anderer Ansicht: „In Sack und Asche und im Büßerhemd sollten die Schuldigen Seelsorge in Krankenhäusern oder Altenheimen lei-

sten. Noch immer wären die schon namentlich genannten IMs in Amt und Würden. Erst Bestrafung dann Vergebung.“ Prälat Grande gab auf die vielfache Aufforderung, Zahlen und Namen zu nennen, bekannt, daß seiner Arbeitsgruppe zur Aufarbeitung der Beziehungen zwischen MfS und katholischer Kirche 20 Priester und Laien bekannt seien. Davon wären drei erpreßt worden, 15 abgeschöpft und zwei hätten einen offiziellen Gesprächsauftrag gehabt. Als eine Vergleichszahl wurde von **Ladewig von der „Gauck-Behörde“** für 1988 eine Zahl von 170.000 IMs und 80.000 sogenannten Zelleninformanten, freiwilligen Helfern, genannt. (ZdK)

*„... damit Einheit gelingt“,
Fragen auf dem Katholikentag*

- *Was fehlt zur deutschen Einheit?*
- *Wie gehen wir mit dem „Sinn-schock“ um?*
- *Wie finden wir vom „Kälteschock“ des Rechtsstaates zum aufrichtigen Umgang mit Schuld, wie schüren wir politisch und sozial das Bündnis von Freiheit und Gerechtigkeit?*
- *Wie finden wir nach der Erfahrung von Behütung und Indoktrination (DDR) und gelangweiltem Wohlstand (Bundesrepublik) zur verantworteten Freiheit?*

Themenkreis

„... damit Leben lohnt“



„Beginnt der Sturm auf die Wohlstandsburgen? Vom wachsenden Abstand zwischen Arm und Reich in der Welt“

Neues Feindbild Dritte Welt?

Kurzbericht

Wird die Dritte Welt nach dem Ende des Ost-West-Konflikts zum neuen Feindbild? Entwickeln sich in unserer Gesellschaft als Folge der weltweiten Wanderungs- und Flüchtlingsbewegung neue Bedrohungsvorstellungen? Das Bild von der Dritten Welt verfinstert sich zunehmend, sagte Prof. Lothar Brock vom Hessischen Institut für Friedens- und Konfliktforschung in seinem einleitenden Statement im Forum „Beginnt der Sturm auf die Wohlstandsburgen?“ Die Nachrichten aus dem Süden, so Brock, würden sich immer mehr zu einem Schreckensbild verdichten: glanzlos, überfüllt, gewalttätig, ohne Perspektive. Wo die Dritte Welt Interesse wecke, gelte dieses Interesse weniger den Hoffnungen als vielmehr den Gefahren, die man für die Stabilität der Weltwirtschaft und für Wohlstand und Sicherheit der In-

dustrielländer sehe.

Kernprobleme aus den Bedrohungsvorstellungen nach Brock: ein Bevölkerungswachstum, das zu 90 Prozent auf die Entwicklungsländer entfalle; die rückläufige Entwicklung der Nahrungsmittelproduktion pro Kopf der Weltbevölkerung; der Versuch der Entwicklungsländer, ohne Rücksicht auf die ökologische Tragfähigkeit der Erde, eine Entwicklung nach dem Muster der westlichen Industrieländer anzustreben; eine Tendenz zur ideologisch-kulturellen Abgrenzung, die Konfliktlösungen vor allem da entgegenwirke, wo sie in fundamentalistische Heilsfronten umschlage.

Der Entwicklungspolitik, die er als „fünftes Rad am Wagen“ kennzeichnete, drohe die Gefahr, ihren ohnehin geringen Einfluß auf die Gesamtpolitik vollends zu verlieren.

Was heute wirklich anstehe, sei die Umwandlung weltweiter Entwicklungszusammenarbeit in eine Weltsozialpolitik mit entsprechendem Gewicht innerhalb der Politik der Industrieländer. **Staatssekretär Wighard Hårdtl vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit** wandte sich gegen den Vorwurf, daß die deutsche Entwicklungshilfe überwiegend der Exportförderung diene; ihr primäres Ziel sei eindeutig die Armutsbekämpfung.

Das Interesse aus dem Publikum konzentrierte sich auf Fragen der internationalen sozialen Gerechtigkeit und die gegenwärtige Weltwirtschaftsordnung. Was könne man selbst tun, wie könne man zum Teilen beitragen, um die Gräben zwischen Nord und Süd einzuebnen, wurde gefragt. Als Erwartung an die Kirche wurde gefordert, ihre Anwaltsfunktionen gegenüber den Armen noch nachdrücklicher wahrzunehmen. Der Trierer Weibischof **Leo Schwarz** und sein evangelischer **Amtsbruder, Generalsuperintendent i.R. Dr. Günther Krusche** aus Berlin, nannten als Möglichkeiten solidarischer Hilfe des einzelnen Bürgers die Einübung in den Lebensstil des anderen und den freiwilligen Konsumverzicht. Der Kirche käme mit der Verkündigung des Wortes Gottes die Aufgabe zu, Zeichen in Richtung auf eine neue Geschwisterlichkeit zu setzen. Dazu gehöre auch, so der evangelische Vertreter, eine kritische

Anfrage an das kirchliche Gehaltsgefüge.

Der **brasilianische Indianerbischof Erwin Kräutler** sagte aus der Sicht der Betroffenen, daß ihn stärker noch als die wirtschaftlichen Folgen des Nord-Süd-Konflikts, wie Verelendung und Verschuldung, die Ausgrenzung von ethnischen Minderheiten und ganzen Kulturen schmerze. Europäer, die sich als Menschen erster Klasse fühlten, hätten Indianer und Afrikaner zu Menschen zweiter Klasse gemacht und ihnen die Menschenwürde genommen. Kräutler: „Wir können die ganze Entwicklungshilfe vergessen, wenn wir die Exportprodukte der armen Länder nur angemessen bezahlen.“ (ZdK)

Wer ist weise?

Wer von jedermann lernt.

Wer ist stark?

Wer sich selbst überwindet.

Wer ist reich?

*Wer sich mit dem Seinigen
begnügt.*

Wer ist achtbar?

Wer den Menschen achtet.

Talmud

„Aufbruch nach gestern? Nationalismus und Rassismus in Europa“

1. Fragestellung

Der Zusammenbruch des Kommunismus hat in Europa eine Reihe Nationen neu erstehen lassen, die sich schwer tun mit ihrer nationalen Identität. Zahlreiche neue Konflikte drohen die Freude über die Befreiung vom kommunistischen Joch zu verdrängen. Wo verläuft die Grenze zwischen legitimem Patriotismus und verhängnisvollem Nationalismus? Was kann die Kirche zur Unterscheidung zwischen diesen beiden Haltungen beitragen?

2. Kurzbericht über das Forum

Europa droht nach Ansicht des **Vorsitzenden des Zentralrats der Juden in Deutschland, Ignatz Bubis**, der Zerfall. Wenn der Weg nach Gestern, der Weg zurück zum Nationalismus weiter gegangen werde, sei ein „gegenseitiges Abschlachten“ zu befürchten, sagte Bubis am Freitag auf dem Katholikentag. Es dürfe kein Zurück zu den großen Blöcken geben, aber die europäischen Staaten dürften auch nicht ins gegenteilige Extrem verfallen. Es könne nicht sein, daß sich etwa die 130 Völker der ehemaligen Sowjetunion gegenseitig das Lebensrecht streitig machten.

Der **frühere bayerische Kultusminister und ehemalige Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK), Hans Maier**, wies darauf hin, das Nationalgefühl und patriotischer Geist in Mittel-, Ost- und Südosteuropa während der Jahrzehnte kommunistischer Herr-

schaft eine positive Funktion gehabt hätten. So sei die Identität dieser Völker bewahrt worden (Das Einleitungsreferat von Prof. H. Maier zum Forum „Aufbruch nach gestern? Nationalismus und Rassismus in Europa“ siehe Nr. 3., Seite 36 ff.).

Der **Jesuitenpater Adam Zak aus Krakau** bestätigte diese These am Beispiel Polens. Wie Maier betonte, wird sich der Nationalstaat auch im ehemaligen Ostblock durchsetzen. Die Frage sei, wie groß der Nationalstaat sein müsse und wie klein er sein dürfe, um lebensfähig zu sein. Allerdings seien vier „Öffnungen“ des nationalstaatlichen Konzepts nötig: Minderheitenschutz, individuelle, soziale und kulturelle Menschenrechte eine föderalistische Staatsorganisation sowie die Bereitschaft internationaler Zusammenarbeit.

Der Umbruch in Europa hat nach den Worten Maiers auch innerhalb der

Kirchen eine neue Suche nach Identität ausgelöst, die die ökumenische Zusammenarbeit vor neue Probleme stelle. Die christliche Vergangenheit Mittel- und Osteuropas könnte nach Einschätzung des früheren ZdK-Präsidenten eine verbindende Kraft sein, welche die auseinanderstrebenden Regionalismen und Nationalismen zusammenhalte. Maier forderte, die Kirchen sollten in vorderster Front gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus kämpfen. Bubis verlangte von den Kirchen, das Menschliche ohne Unterschied der Religion in der Vordergrund zu stellen.

Bischof Franjo Komarica aus dem **bosnischen Banja Luka** sprach vom dem „unbegreiflichen Drama“ in seiner Heimat. Es sei noch untertrieben, so der Bischof, das Verhalten Europas und der Welt gegenüber Bosnien als gleichgültig zu bezeichnen. Der Keim des Krieges liegt nach den Worten Komaricas in der großserbischen Ideologie. Als Folge des aggressiven serbischen Nationalismus hätten in anderen Teilen Jugoslawiens wie Slowenien oder Kroatien Diskussionen über eine nationale Selbständigkeit begonnen. Komarica berichtete, daß es zu Beginn des Krieges in Bosnien mehrere gemeinsame Appelle der Religionsführer an die Politiker gegeben habe, das Zusammenleben der Bevölkerung in Bosnien friedlich fortzusetzen.

Den völkischen Nationalismus

nach der Parole „ein Volk, ein Staat“ bezeichnete der **Freiburger Politikwissenschaftler Dieter Oberndörfer** als „Ausdruck provinziellen Denkens“. Diese völkische Ideologie sei die Wurzel zweier Weltkriege gewesen und von Deutschland nach Osteuropa exportiert worden. Mittlerweile seien aber alle westeuropäischen Staaten zu Einwanderungsländern geworden. Oberndörfer empfahl diesen Staaten, sich auf die Menschenrechte als die normativen Grundlagen ihrer Verfassungen zu besinnen und mehr Menschen aus anderen Staaten aufzunehmen und als Staatsbürger zu akzeptieren.

In den neuen Bundesländern gibt es keinen verstärkten Hang zu Nationalismus und Rechtsextremismus. Das unterstrich der **evangelische Theologe und frühere SPD-Fraktionsvorsitzender in der Volkammer, Richard Schröder**, in seinem Redebeitrag. Als Beleg dafür verwies er auf die jüngsten Wahlergebnisse. Der Ruf aus der Wendezeit „Wir sind das Volk“ war nach Ansicht Schröders ein „Hilferuf“, kein Zeichen nationalistischer Gesinnung. Er habe das Gefühl, daß dieser Hilferuf nicht erhört worden sei, bedauerte der Berliner Theologe. Die Zahl der Menschen in den neuen Ländern, die sich zuerst als ehemalige DDR-Bürger und erst in zweiter Linie als Deutsche fühlten, sei zwischen 1990 und 1994 stark gestiegen. (ZdK)

3. Einleitende Bemerkungen zum Forum „Aufbruch nach gestern? Nationalismus und Rassismus in Europa“

Hans Maier

Das Jahr 1989 hat Europa von einer Last befreit. Nach dem nationalsozialistischen ist auch das kommunistische Reich als Modell einer ideologisch fundierten „Großraum Ordnung“ gescheitert. Doch die Zukunft der befreiten Länder ist ungewiß: Werden sie, wie viele hoffen, Teile einer Europäischen Union werden oder in Nationalismus und Ethnizismus zurückfallen? Wird sich, wie im Westen nach 1945, auch im Osten Europas eine föderale Staatenordnung entwickeln – oder droht der Rückfall in nationale Abgrenzungen, „ethnische Säuberungen“, Diskriminierung von Minderheiten, Hegemonialkriege, Chaos und Selbstzerstörung?

1. Nationalgefühl und patriotischer Geist hatten in Mittel-, Ost- und Südosteuropa während der Jahrzehnte kommunistischer Herrschaft eine durchaus positive Funktion. Sie halfen mit, die Identität der zwangsintegrierten Völker zu bewahren, sie waren ein Anreiz zur Wiedergewinnung von Freiheit und Selbstbestimmung. Unterdrückte Völker – von den Polen bis zu den Ukrainern, von den Ungarn bis zu den Albanern, von den Esten bis zu den Tschechen und Slowaken – konnten sich gegen-

über der sowjetischen Übermacht nur auf ihre Überlieferungen stützen: auf Geschichte, Sprache, Religion, Kultur. Daher haben Worte wie Heimat, Vaterland, Nation, Nationalgefühl, ja sogar Nationalismus in den Ländern des einstigen Ostblocks bis heute einen guten Klang. Keines dieser Völker kann sich eine Zukunft ohne Nation und Nationalstaat vorstellen. Was Els Oksaar, die in Hamburg lehrende bedeutende Sprachwissenschaftlerin, kürzlich festgestellt hat, dürfte die Meinung der Mehrheit dieser Völker treffen: „Ich meine, im künftigen Europa hat keine Großmacht das Recht, den kleineren Völkern vorzuschreiben, inwieweit sie sich als eine Nation verstehen wollen, gerade wenn Vaterlandsliebe und andere positive Gefühle für sein Land zum Ausdruck kommen. Als gebürtige Estin, die seit vielen Jahrzehnten in anderen Ländern lebt, habe ich in diesem Sinne immer national empfunden“ (Bergedorfer Gesprächskreis 96/1992, S. 28).

2. Die vergangenen Jahre haben diese Haltung im Prinzip bestätigt. Nation und Nationalstaat haben auch im Osten Europas die alten Blöcke und Reichsbildungen abgelöst. Exemplarisch wurde dieser Prozeß sichtbar im

Zerfall der Sowjetunion, in der Auflösung Jugoslawiens, im Untergang der Tschechoslowakei. Nicht immer ist dieser Prozeß gewaltfrei verlaufen wie bei der friedlichen Scheidung der Tschechischen und Slowakischen Republik. Im ehemaligen Jugoslawien, aber auch in einzelnen Bereichen der GUS und Rußlands (Georgien, Moldavien) vollzieht sich der Übergang konfliktreich, in blutigen Kämpfen. Es handelt sich nicht um Bürgerkriege; die Fronten verlaufen zwischen Hegemonialmächten, die alte Blockbildungen und Unterordnungsverhältnisse verteidigen, einerseits und Nationalbewegungen, die um ihre staatliche Emanzipation kämpfen, andererseits. Großrussischen Hegemonialbestrebungen stehen Ukrainer, Weißrussen, Esten, Letten, Litauer und andere Nationen gegenüber – großserbischen die Slowenen, Kroaten, Bosnier usw. Auf der einen Seite die alte Tendenz zur Sammlung der russischen (oder serbischen) Erde, auf der anderen Seite die staatlichen Aspirationen alter und neuer Nationen – nicht anders als im 19. Jahrhundert gegenüber dem Zaren-, dem Habsburger-, dem Deutschen Reich.

Ich bin sicher: Russen und Serben werden – trotz materieller Überlegenheit – auf die Dauer gegenüber den Tendenzen zu nationaler Verselbständigung den kürzeren ziehen. Der Nationalstaat wird sich auch in Mittel-, Ost- und Südosteuropa durchsetzen. Die Frage ist freilich, wie groß er

sein muß (und wie klein er sein darf), um lebensfähig zu sein. Wenn eine Sowjetunion in 130 Völker zerfällt: welche der Völker bleiben Völker, welche werden Staaten? Daß Russen, Ukrainer, Weißrussen, Usbeken, Kirgisen, Tataren, Aserbaidzhaner in staatlichen Organisationen leben wollen, leuchtet ein. Aber Jakuten, Schorzen, Dolganen, Nanajer, Tabassaranen, Rutulen, Tschuktschen, Itelmenen, Dunganen, Jugakiren? Wo ist die Grenze zu ziehen? Wie kann der Schutz der Minderheiten gesichert werden? Wie steht es mit dem Ruf „Tatarstan den Tataren“, wenn in Tatarstan nur 26% der Bevölkerung Tataren sind? Fragen über Fragen, die der Lösung harren, nachdem die Blöcke zerfallen, die Ideologien zerborsten sind. Wird es genügend Spielraum geben für regionale Autonomie und Selbstbestimmung? Werden sich föderale übergreifende Ordnungen entwickeln? Oder wird das kommen, was Pessimisten wie György Konrad befürchten: ...“anstatt der internationalen Repression die unserem Körper entsprungene, die blutsverwandte nationale Repression, ... als Gegensatz zum Universalismus der Integration der soziale Partikularismus der lokalen Sturheit“ (FAZ vom 09.11.91)?

3. Fazit: sowohl die alten Reiche wie die ideologischen Blockbildungen sind überholt. Zu ihnen führt kein Weg zurück – es sei denn der Weg der Gewalt und des Krieges. Andererseits

ist auch der Nationalstaat als zentrale Ordnungsform auf die postkommunistische osteuropäische Wirklichkeit nicht ohne erhebliche Modifikationen anwendbar. Die Gründe sind vielfältig: Siedlungsräume und Grenzen waren in Mittel-, Ost- und Südosteuropa bis in die jüngste Zeit hinein sehr viel fließender als im Westen Europas; ethnische Gemengelagen verhinderten lange, daß sich homogene Nationalstaaten bildeten wie im Westen, Süden und Norden Europas (auch hier übrigens nicht ohne Einsatz von Gewalt und Verdrängung konkurrierender Ethnien – man denke an die Frühgeschichte Frankreichs, Englands, Spaniens!). Selbst die durch die Vorortverträge von 1919/20 geschaffene internationale Ordnung kam nicht ohne Kompromisse aus: sie beseitigte zwar die übernationalen Reiche, kombinierte jedoch den Nationalstaat vielfach mit Hegemonialstrukturen und verankerte den Minderheitenschutz nicht entschieden genug im Völkerrecht.

Für heutige nationalstaatliche Optionen in Mittel-, Ost- und Südosteuropa wird man daher fordern müssen, daß sowohl die Rückkehr zu Hegemonialreichen wie auch die gewaltsame Herstellung ethnischer Homogenität ausgeschlossen werden. Nötig sind vier „Öffnungen“ des nationalstaatlichen Konzepts:

- a) Minderheitenschutz und Minderheitenvertretung;
- b) individuelle, soziale und kultu-

relle Menschenrechte;

- c) eine föderalistische Staatsorganisation, die das Eigenleben von Regionen und Minderheiten stärkt;
- d) Bereitschaft zur internationalen Zusammenarbeit und zur übernationalen Integration.

Einem solchen Konzept mag man entgegenhalten, es sei kein im strengen Sinne nationalstaatliches Konzept mehr. Die Entwicklung in Westeuropa – vom Schumanplan bis zum Vertrag von Maastricht zeigt jedoch, daß sich die Konzepte von Nationalstaat und übernationaler Integration auf eine weite historische Strecke hin verbinden lassen. Auch in der Europäischen Union ist der Übergang zu „Vereinigten Staaten“ mit einer gemeinsamen Exekutive noch lange nicht erreicht. In der „nachholenden Integration“ des europäischen Ostens dürfte der Nationalstaat ebenfalls noch längere Zeit eine Rolle spielen; die Wendung zur „offenen Republik“ (Dieter Oberndörfer) kann freilich heute schon eingeleitet werden.

4. Was können die Kirchen in dieser Lage tun?

Die Antwort ist nicht einfach. Der Fall der Mauern in Europa hat zwar freies Geleit für Religion und Kirchen geschaffen. Zugleich aber hat er innerhalb der Kirchen (der katholischen wie der protestantischen und orthodoxen) eine neue Suche

nach Identität, Erkennbarkeit, konfessionsspezifisch Eigenem ausgelöst, die die ökumenische Zusammenarbeit vor neue Probleme stellt. So sind neue Konfliktfelder entstanden – im Osten deutlicher als im Westen.

Überraschend scharf treten heute die alten, vom Kommunismus zurückgedrängten, aber nie ganz zerstörten religiösen Strukturen Mittel-, Ost- und Südosteuropas neu hervor: die Orthodoxie in Rußland, Bulgarien, Rumänien, Serbien; die katholische Kirche in Litauen, der Ukraine, Polen, Ungarn, der Slowakei und Tschechien; die Gebiete protestantischer Dominanz in Teilen Rumäniens, Ungarns, Tschechiens, Ostdeutschlands. Die christliche Vergangenheit Mittel- und Osteuropas, deutlich ans Tageslicht getreten seit den achtziger Jahren, könnte eine verbindende Kraft sein, welche die auseinanderstrebenden Regionalismen und Nationalismen der postkommunistischen Ära zusammenhält. Tatsächlich sind aber die Konfessionen vielfältig zerstritten, und an vielen Orten werden die politischen Auseinandersetzungen durch religiöse Überlieferungen keineswegs gemildert, sondern im Gegenteil verschärft. Man denke an die offene Parteinahme der Orthodoxie für die Serben im einstigen Jugoslawien, an das mangelnde Verständnis orthodoxer Gruppen (aber auch lateinischer Christen!) für die Unierten; an das weitgehende Stagnieren der Verständigung zwischen

den christlichen Kirchen Europas über zentrale Begriffe ihres Selbstverständnisses (Mission, Evangelisierung, christlicher Weltauftrag) angesichts der neuen Lage seit 1989 – endlich an das Auseinanderklaffen der Vorstellungen darüber, wie mit der totalitären Erblast der vergangenen Jahrzehnte innerhalb und außerhalb der Kirchen umgegangen werden soll.

Langfristig werden Christen und Kirchen in Europa daran gemessen werden, ob sie instande sind, in der nachttotalitären Welt neue Lebensmöglichkeiten, neue Perspektiven der Hoffnung zu erschließen. Das gilt auch für die europäischen Horizonte, auf die sich die Geschichte der Nationalstaaten zubewegt. Aufgabe der Kirchen ist es, „ihre Gläubigen aufgeschlossen zu machen für das größere Europa, sie auf das Zusammenleben verschiedener Völker in größeren Räumen mit ihren übernationalen Verflechtungen vorzubereiten, sie aus nationalen Verengungen ... herauszuführen, ihnen die Ängste vor Fremden und vor Überfremdung zu nehmen, sie für ein Zusammenleben unterschiedlicher Völkerschaften zu motivieren und Vorurteile und Voreingenommenheiten gegen die jeweiligen Nachbarvölker abzubauen“ (David A. Seeber in einem Vortrag im Bayerischen Rundfunk am 08.01.92). Die Kirchen sollten sich in die vorderste Front derer stellen, die gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und An-

tisemitismus kämpfen. Sie sollten mithelfen, ein Klima öffentlicher Auseinandersetzung zu schaffen, in dem die unverstellte, wahrheitsgetreue, verlässliche Rede herrscht, so daß Politik, Wirtschaft, Kultur „in der Wahrheit leben“ können (Vaclav Havel). Gewiß können sie das nicht

allein tun. Viele Kräfte müssen hier zusammen wirken. Aber der Beitrag der Kirchen ist unentbehrlich; ohne sie, ohne ihre wachsende Zusammenarbeit, ihren vermehrten und verbesserten ökumenischen Dialog wird das werdende Europa nicht Gestalt annehmen.



Foto: Brockmeier

Der Eingangsbereich des GKS-Zeltes mit der neu gestalteten Stellwand mit plakativen Informationen über die Gemeinschaft

Themenkreis „... damit die Menschheit überlebt“



Warum immer neue Kriege? Aufgaben internationaler Friedenssicherung

Friedenssicherung im Dilemma der Gewalt?

Kurzbericht

„Dilemma“ – unter diesem Stichwort stand die Diskussion im Forum „Warum immer neue Kriege?“ des Katholikentages in Dresden am Donnerstag morgen mit fast 500 Teilnehmern. Dieses Problem, „daß man etwas tun muß, was man eigentlich nicht will“, nämlich militärische Gewalt einzusetzen, durchzog die gesamte Veranstaltung – allerdings auf heilsame Weise. Es machte nämlich deutlich, daß alle Podiumsteilnehmer militärische Gewalt nur als wirklich allerletzte Option in der internationalen Konfliktbewältigung akzeptieren konnten.

Das Podium deckte ein breites und hochrangiges Spektrum internationaler Friedensarbeit und Friedensforschung ab. Unter ihnen der bekannte Friedensforscher Prof. Dr. Senghaas (Referat s. S. 56 ff.), General a. D. Dieter Clauß (Statement s. S. 57 f.), Dr. Rupert Neudeck, Cap Anamur (Statement s. S. 54 ff.), und Mili-

tärdekan Rainer Schadt (Statement s. S. 58 f.).

Prof. Nagel, Leiter des katholischen Instituts „Theologie und Frieden“ aus Hamburg, skizzierte in seinem Einführungsvortrag (s. S. 43 ff.), wie schwierig es ist, im internationalen Rahmen bestehendes Recht und Abmachungen durchzusetzen. Im Gegenzug zu legitimierten nationalen Regierungen habe die UNO kein grundsätzliches Anrecht, als „Weltpolizei“ zu fungieren. Ob, wann und in welchem Maß militärische Truppen zum Schutz einzelner Länder, Bevölkerungsgruppen oder auch humanitärer Hilfe eingesetzt werden, hänge letztendlich von den nationalen Regierungen der Mitgliedsstaaten ab; daß hier häufig eigene Interessen eine prägende Rolle spielen, wurde im Verlauf der Diskussion mehrfach deutlich.

Verschiedene Redner plädierten für ein frühzeitigeres internationales oder regionales Eingreifen in Konflikte,



Fotos: Brockmeier

*Das Podium beim Forum „Aufgaben internationaler Friedenssicherung“:
v.l.n.r Prof. DDr. Ernst Nagel, Gen a.D. Dieter Clausß, Joachim Garstecki (Pax
Christi), Frau Cumin (UNHCR), Dr. C. Bertram (Moderator);
Bild auf der gegenüberliegenden Seite: Dr. Rupert Neudeck, MilDek
Rainer Schadt, Prof. Dr. Dieter Senghaas*

im Notfall auch durch gezielte Drohungen, bei denen aber, so die deutliche Forderung von **Frau Cumin, Vertreterin des UN-Flüchtlingskommissariates in Bonn** (Statement s. S. 56 f.), der Wille bestehen sollte, diese auch durchzusetzen. Die UNO habe durch leere Drohungen in der Vergangenheit bereits genügend an Glaubwürdigkeit eingebüßt. Inwiefern solche im nachhinein verkündeten Einsichten vorab abschätzbar gewesen wären, und ob sie einen deeskalierenden Effekt gehabt hätten, blieb offen: nachher weiß man, was man hätte tun sollen.

Für eine wesentlich verstärkte Ausschöpfung der Handlungsalternativen vor dem Einsatz militärischer

Gewalt im Sinne einer Konfliktprävention setzte sich **Joachim Garstecki, Generalsekretär von Pax Christi** (Statement s. S. 61 ff.), ein. Die Diskussion um die „letzte Option“ Gewalt verdeckte und verhindere die Auseinandersetzung mit gewaltlosen Handlungsmöglichkeiten der Politik. Hier sei Deutschland aufgrund seiner Geschichte besonders gefordert.

Die Frage, ob es aktuell mehr Kriege als früher gäbe, war letztendlich nicht entscheidend. Einig war man sich aber darüber, daß der Frieden in Zukunft in stärkerem Maße als bisher durch wachsenden Nationalismus, ethnische Konflikte aber vor allem drastische soziale Ungleichgewichte bedroht würde. (ZdK)

Kriege, Kriege – ohne Ende? Perspektive internationaler Friedenssicherung

Ernst J. Nagel

1. Zur Lage

Nahezu 200 Kriege hat die Welt erlebt, seit die UNO-Charta selbst die Androhung von Gewalt zwischen Staaten kategorisch verboten hat. Zunächst fanden sie fast ausschließlich in der Dritten Welt statt. Wir glaubten, es seien „Stellvertreterkriege“ im Ost-West-Konflikt. Zwei Drittel bis drei Viertel der gegenwärtigen Kriege haben jedoch ethnischen Hintergrund^{*)}. Und die Einschlüge kommen näher. Bisher glaubten wir, derlei sei wiederum typisch für die Dritte Welt. Dort sei die Staatswerdung durch



*) Vgl. Christian P. Scherrer, Ethno-Nationalismus als globales Phänomen. Zur Krise der Staaten in der Dritten Welt und der früheren UDSSR, INEF-Report, Gesamthochschule Duisburg, Heft 6/1994

1. Zur Lage

Strategische Momente der Krisenbeherrschung

2. Perspektive

An die Stelle der Gewalt soll treten die Macht des Rechts

3. Welches Recht?

*Nicht Subordinationsrecht sondern Koordinations- oder Konsensrecht
Kriegsächtung ist zwingendes Völkerrecht*

4. Abrüstung

Entscheidung über Rüstung und Abrüstung ist keine rein nationale Angelegenheit

5. Schiedsgerichtsbarkeit

Streitbeilegungsverfahren

6. Schlußbemerkung

Erforderlich sind:

- *neue Qualität der Abrüstung*
- *Stärkung internationalen Rechts*
- *Ersetzen von Gewalt der Waffen durch starkes Recht*

künstliche Grenzziehung und ähnliches noch nicht hinreichend gelungen. Nun haben die gewaltsam ausgetragenen ethnischen Konflikte den Südosten und Osten Europas erreicht.

So entstand auch in Westeuropa hinreichend Angst um die eigene Zukunft, jene Angst, die hierzulande im-

mer erforderlich war, damit das Thema „Krieg und Frieden“ beachtet und öffentlich wurde. Wir lebten seit dem Umbruch um 1990 in Euphorie. Selbst die professionelle Politik war vor Euphorismen nicht gefeit. Ein Überschwang an Hoffnung schlug sich 1990 in der Charta von Paris

nieder: Dem Dokument zufolge befanden sich die Ideale der Demokratie und daneben auch die Überzeugungskraft der Marktwirtschaft nun auf einem weltweiten nicht nur Vor-, sondern Durchmarsch. An die Stelle der Ost-West-Antinomie war, so zeigte man sich sicher, der Konsens getreten. Wen verwundert es, daß dieser Euphorie bald bittere Enttäuschung folgte!

Aus dem Mißerfolgen von Somalia bis Ruanda zogen wir die Konsequenz, das Kind nicht erst in den Brunnen fallen zu lassen und dann zu reagieren. „Prävention“ wurde zum Schlüsselbegriff. Und dies ist gewiß richtig. Denn daß die Vereinten Nationen mit ihren „militärischen Maßnahmen“ den Krieg gegen den Krieg gewinnen könnten, wird niemand mehr behaupten. Zu deutlich sprechen Erfahrungen von Vietnam über Afghanistan bis gegenwärtig auf dem

Balkan dagegen. Eine militärische Intervention der Vereinten Nationen (VN) kann in gewissen Fällen greifen. Doch nirgends haben wir die Verheißung, daß sie immer Erfolg verspricht und daß sie die Kriegsächtung weltweit durchzusetzen vermag.

Früherkennung von Krisen, präventive Diplomatie und Vermittlung, frühzeitige Ingangsetzung etwa des KSZE-Mechanismus' wie 1991 in La Valletta entworfen, frühe Verfügbarkeit von UN-Truppen – all dies sind wichtige strategische Momente

Strategische Momente der Krisenbeherrschung

- **Früherkennung von Krisen**
- **präventive Diplomatie und Vermittlung**
- **frühzeitige Ingangsetzung etwa des KSZE-Mechanismus**
- **frühe Verfügbarkeit von UN-Truppen**

der Krisenbeherrschung. Sie können Krisen deeskalieren und in mancher Region Gewalt verhindern. An ihnen zu arbeiten lohnt. Auf sie zu verzichten, wäre unverantwortlich. Doch es gibt in der UN-Charta wie im Völkerrecht ein absolutes Gewaltverbot. Soll dies nur bemüht werden über „gute Dienste“ und präventive Diplomatie? Kann man hier auf Treu und Glauben der Regierungen der Welt bauen? Die 200 Kriege seit 1945 widerlegen diese Hoffnung. Mir wenigstens scheint, daß Prävention alleine nicht genügt und keine hinreichend verlässliche Perspektive eröffnet. Im Gegenteil bedürfen all diese Vorfeld-Bemühungen eines Rahmens, der sie notfalls trägt.

2. Perspektive

Nahezu drei Jahrhunderte europäischer Geschichte hindurch beanspruchten die Staaten absolute Souveränität. Der absolute Souverän ist durch kein über ihm stehendes Recht eingengt. Alles andere wäre ein Widerspruch. Folglich durfte der Staat auch Krieg führen, wann immer er es für nützlich hielt.

Derart lange Erfahrungen prägen Denken und Wahrnehmung. In einem stillen Hinterzimmer unseres Bewußtseins schlummert immer noch die Überzeugung, daß unter gewissen Umständen, bei entsetzlicher Unterdrückung und Ausbeutung der kollektive Griff zur Waffe das kleinere Übel ist. Selbst die Vereinten Nationen sind hier schwach geworden. Angesichts des menschenverachtenden Rassismus in Südafrika zeigten sie ein gewisses Wohlwollen gegenüber kriegesischer und gewaltsamer Resistenz.

Hier ist Umdenken geboten, doch kein selbstgenügsames: **Ein Staat wie Deutschland benötigt keinen Krieg. Er kann ohne Not eine ganz und gar gewaltlose Außenpolitik zelebrieren. Er hat keine „Erzfeinde“, ist gut gerüstet, sicher eingebunden in ein machtvollles Bündnis und stark genug, seine anderweitigen Interessen auch ohne Gewalt durchzusetzen.** Selbst Saddam Hussein könnte sagen, befände er sich in einer derart privilegierten Position, hätte er auch keine Kriege geführt.

Gewaltlosigkeit und Kriegs-

ächtung als isolierte und vereinzelte Forderung erheben und vorschreiben, ist notwendig. Es reiche jedoch nicht hin, um eine realistische Friedens- oder Sicherheitsperspektive zu bieten. Das Verteidigungsrecht der UN-Charta ist strikt auf einen „militärischen Angriff“ begrenzt. Und das ist gut so. Doch Butros Ghali weist in seiner „Agenda für den Frieden“^{*)} ebenfalls aus gutem Grund darauf hin, daß auch ohne militärische Intervention einem Volk Schäden zugefügt werden können, die nicht weniger erheblich sind. Und hier muß die Frage nach einer Ordnung stabiler Sicherheit und einer zumutbaren Welt ohne Krieg ansetzen.

Kriegsächtung und Gewaltverbot würden eine Zumutung, wenn sie den kleinen und machtloseren Staaten zur Auflage machten, „um des lieben Friedens willen“ alles Unrecht geduldig zu ertragen. Nein, eine Friedensordnung muß eine bessere Perspektive bieten als der Wiener Kongreß, der nur den fünf Großmächten Rechte zuerkannte. Die kleinen Staaten bildeten 1815 lediglich Puffer, derer die Großen sich bedienen durften. Dies führte zwangsläufig zum Zeitalter des Imperialismus. Und an dessen Ende stand der Erste Weltkrieg.

*) Anmerkung der Redaktion: siehe dazu auch den Beitrag von Klaus Liebetanz: Nicht Siegen, sondern Dienen – „Agenda for Peace“ und die neue Rolle der Bundeswehr, in diesem AUFTRAG, Seite 163–169.

Als Benedikt XV. 1917 wenn auch erfolglos versuchte, diesen ersten Weltkrieg zu beenden, wollte er mehr als nur einen Waffenstillstand für eine neue Zwischenkriegszeit. Wie 1795 bei Immanuel Kant sollte nicht nur dieser, sondern jeder Krieg für alle Zukunft beendet werden. Dieser Versuch stand dann unter der umfassenden Zielsetzung: **An die Stelle der Gewalt der Waffen soll treten die Macht des Rechts.** Zwischenstaatliche Konflikte, die immer auftreten werden, sollen auf der Basis des Völkerrechts gelöst werden. So würde sich jede militärische Auseinandersetzung zwischen Staaten erübrigen.

Ich höre nun bereits grollende Einsprüche derer, die sich als Realisten bezeichnen: Dies sei „Idealismus“ – zwar schön, doch undurchführbar. Der Idealismusvorbehalt gegenüber einer umfassenden Friedensordnung unterstellt in der Regel, in einer stabilen Friedensordnung wären alle Völker, Gruppen und Individuen vom Friedenswillen so tief durchdrungen, daß schon darum Krieg und internationale Gewalt sich nicht mehr ereigneten.

Das Gegenteil ist der Fall: Wer eine derartige Friedlichkeit und Friedensliebe für gegeben hält, benötigt keine Ordnung mehr. Ordnungen haben nur Sinn, wenn abgestimmtes, gesolltes oder sozial-erwünschtes Handeln sich nicht von selbst einstellt. Wenn gute Sitten in der Praxis respektiert werden, bedarf es weder eines Ge-

setzes noch dessen Durchsetzung.

Die Frage „Warum immer neue Kriege?“ ist für mich insofern nicht zuerst eine friedenspädagogische, vielmehr eine ordnungspolitische. Friedenspädagogik hat gewichtige Aufgaben, doch würde man sie mißverstehen, hieße das Ziel: Weltfrieden durch weltweite Friedlichkeit.

Ein zweiter Vorbehalt gegen eine umfassende Weltfriedensordnung unterstellt, sie eröffne allenfalls den Weg zu einer Weltregierung, und die wolle man aus gutem Grund nicht. Da auch ich keinerlei Veränderung in Richtung Weltregierung anstrebe, sollten wir uns zunächst einmal über die Eigenart dieses Rechts verständigen, das mächtig und machtvoll gemacht werden soll.

3. Welches Recht?

Wir stellen uns in der Regel Recht so vor: Es wird von Regierung und Parlament erlassen, von Rechtsgelehrten ausgelegt, vom Gericht gesprochen, von der Polizei und im Strafvollzug durchgesetzt, vom Bürger erfüllt oder gegen ihn eingetrieben. Unsere Rechtsvorstellungen nehmen Maß am innerstaatlichen Recht, sind wie man sagt – „etatistisch“. Recht setzt nach unserer alltäglichen Erfahrung Unterordnung voraus, ist Subordinationsrecht. Die vom Recht Betroffenen sind im Subordinationsrecht nicht identisch mit denen, die Recht schaffen. Die Rechtssetzung haben sie – wenn auch nur jeweils auf

Zeit – delegiert. Und selbst in einer direkten Demokratie müßte die Minderheit bereit sein, sich dem durch die Mehrheit geschaffenen Recht zu unterwerfen.

Übertragen wir diese Rechtsvorstellungen auf die Staatenwelt, kommen wir folgerichtig zu einer Weltregierung. Sie würde über die Menschheit so regieren wie Bundesregierung und Bundestag über die Deutschen. Die Formel „Friede = Weltregierung“ begegnet schon in den klassischen Friedensplänen erheblichen Einwänden. Es drohten Nebenwirkungen, die schlimmer sein können als die positiven Leistungen. Eine Weltregierung öffne den Weg zu einer Weltdiktatur. Zum Glück sei sie auch nicht durchsetzbar. Die Staaten wären zu einer solchen Selbstaufgabe nicht bereit.

Nein, **das Recht, das hier gestärkt werden soll, ist nicht Subordinationsrecht. Es nennt sich richtigerweise Koordinations- oder Konsensrecht.** Es richtet sich nicht am Zwangsfrieden des Römerreiches aus, sondern eher an den Verfahren der KSZE: Alle 33 Teilnehmerstaaten hatten 1975 die Schlußakte von Helsinki zu unterzeichnen. Lag dieser umfassende Konsens nicht vor, gäbe es keine Schlußakte. Die Forderung nach Einstimmigkeit wurde dann später und angesichts des Dramas in Jugoslawien verändert: Einer aber auch nur einer durfte aus dem Konsens ausscheren. An die Stelle der absoluten Einstimmigkeit trat die quasi-

Einstimmigkeit, die quasi Unanimität. So war die Handlungsfähigkeit der Gemeinschaft wenigstens theoretisch gesichert.

Die Akteure auf dem internationalen Parkett werden die Staaten bleiben, und dies ist gut so. Und es zeuge nicht für Staatsvergötzung, wenn die Souveränität dieses Staates bestehen bleiben soll, wenn Eingriffe in die „inneren Angelegenheiten“ souveräner Staaten untersagt bleiben. Gerade der Konsens dieser Staaten ist Voraussetzung für die Entstehung wie für die Durchsetzung der Kriegsächtung.

Staaten sollen weiter leisten, was sie leisten können. Dabei werden sie an ihre individuellen Leistungsgrenzen stoßen: Sicherheit ist mit nationalen Mitteln allein ebensowenig zu garantieren wie der Schutz der Umwelt oder die Abwehr organisierter Kriminalität. So geht es nicht um die Abschaffung der staatlichen Souveränität, sehr wohl um deren Leistungsgrenzen.

Immanuel Kant ist zuzustimmen, daß es oberhalb der Staaten keinen Richter gibt. Dies trifft zu, wenn wir unter Richter denjenigen verstehen, der Subordinationsrecht anwendet. Keineswegs aber heißt es, daß oberhalb der Staaten kein Recht bestünde und Rechtsgarantien unmöglich oder unerwünscht wären. Wie aber sollen diese Rechtsgarantien zustande kommen? Führen sie nicht doch wieder in eine Art Subordinationsrecht – nun der wahrscheinlich machtlosen Min-

derheit unter die mächtige und reiche Mehrheit, vielleicht sogar der machtlosen Mehrheit unter die mächtige Minderheit?

Die Kriegsächtung des Briand-Kellogg-Paktes wurde ab 1928 von einer quasi-Unanimität der damaligen Staatenwelt als irreversibel angenommen. Heute ist sie als zwingendes Völkerrecht zu betrachten. Sie gilt darum auch gegenüber einer irakischen Regierung, die Kuwait besetzt. Und tatsächlich haben fast alle damals souveränen Staaten die Kriegsächtung als zwingend und irreversibel anerkannt. Selbst Carl Schmitt, dem geharnischten Gegner dieses Paktes, fällt kein anderes Land als Nepal ein, das damals Souveränität besaß und den Kellogg-Pakt nicht unterzeichnete.

Man hört als Einwand: Wenn der Irak den Kellogg-Pakt nicht unterzeichnet hätte, warum wäre er dann zur Gewaltlosigkeit verpflichtet? Warum sind die mehr als 180 heute souveränen Staaten an ein Abkommen gebunden, das um 1930 62 Staaten für sich verbindlich abgeschlossen haben? Derartige Fragen sind ja nicht unsinnig. Sie verlangen nach einer Antwort. Diese könnte wie folgt lauten: Mit dem Kellogg-Pakt hat sich die Form „Staat“ in einem wesentlichen Punkt verändert. Das Kriegsverbot ist als konstitutive Regel in sie aufgenommen worden. Wer fortan für sich den Anspruch erhebt, ein Staat zu sein, und von der Völkergemeinschaft als Staat anerkannt

Die Kriegsächtung ist zwingendes Völkerrecht!

Wer den Anspruch erhebt, ein Staat zu sein und als Staat anerkannt zu werden, hat sich zu diesem Recht zu bekennen!

werden will, hat sich zu dem so definierten Staatswesen zu bekennen. Er kann sein Staatsverständnis nicht nach Belieben verändern, übernehmen, was ihm gefällt, ignorieren, was ihn in die Pflicht nimmt. Dies ist vergleichbar mit einem Staat, der die EG-Mitgliedschaft anstrebt: Er hat jene Konditionen zu übernehmen, die von den bisherigen EG-Mitgliedern definiert und gesetzt wurden. Konsensrecht und absolutes Gewaltverbot bilden folglich keinerlei Widerspruch.

Daneben aber stellt sich das praktische Problem, wie man angesichts der Machtdifferenzen zwischen den kleinen und den großen Staaten ein solches Recht denn überhaupt zur Geltung bringen kann. Ernst-Otto Czempiel entwickelt aus der grob unterschiedlichen Machtverteilung zwischen den Staaten dieser Welt einen ernst zu nehmenden Einwand gegen die UNO als „System kollektiver Sicherheit“. Wie die Dinge gegenwärtig liegen, so ist die UNO für den Fall, daß die Großmächte „in concert“ agieren, als System kollektiver Sicherheit nicht

nötig. Gegen den Konsens der Großmächte wird keiner ankommen. Falls die Großmächte sich jedoch selbst im Konflikt befinden, ist dieses Sicherheitssystem unwirksam. Ein umfassendes System kollektiver Sicherheit wäre folglich unnötig, wenn es wirken könnte, und unwirksam, wenn man es brauchte. Es wäre nur hilfreich, wenn man es nicht bräuchte.

Nun zeigen uns Somalia wie auch der Balkan, daß selbst die erste These nicht zutrifft. Die neuen Balkanstaaten lassen sich durch Drohungen aus Washington und Moskau leider nur in geringsten Quanten beeinflussen. Schlimmeres noch hat eine Supermacht in Mogadischu erfahren.

Doch gewichtiger ist die Frage, wie Recht angesichts der disproportionalen Machtverteilung zwischen kleinen und großen Staaten stark werden kann. Wie kann Völkerrecht so stark werden, daß es die politische Wirklichkeit prägt. Wie kann verhindert werden, daß der militärisch und ökonomisch Starke ihm genehmes Recht schafft, weltweit vorschreibt und dann auch durchsetzt? Malta wird nie so mächtig werden wie die USA und Rußland nie so ohnmächtig wie Haiti. Zwingt uns also die Realität dieser Welt, uns mit der Subordination unter die Großmächte oder deren Verbindung abzufinden?

Gedanklich und in der Theorie hat dieses Jahrhundert das Interventionsrecht der Weltmächte überwunden. Im Namen der Kultur, der

eigenen, hohen Zivilisation und auch leider oft des Christentums glaubten sie sich berechtigt, wenn nicht sogar verpflichtet, weltweit bei den „Barbaren“ und „Kulturlosen“ zu intervenieren. Dem setzte Wilson 1917 die These entgegen, die den Völkerbund tragen sollte: Gleiches Recht für alle Staaten „gleich ob groß oder klein“. Diese These gewann wiederum in der Theorie Platz. Sie steht in der KSZE-Schlußakte an erster Stelle unter den Prinzipien – die „souveräne Gleichheit“ aller Staaten. Sie führt in derselben Akte schlüssig zu Prinzip VI, zur „Nichteinmischung in innere Angelegenheiten“ eines Staates. Zwar kennen wir von Idi Amin und Bokasa bis zur heutigen Kurdenverfolgung die Grenzen des Interventionsverbots. Doch bleibt Intervention begründungsbedürftig. Keineswegs darf ein mächtiger Staat intervenieren, nur weil er mächtig ist.

So bleibt die Frage: Wie soll eine Welt aussehen, in der die Machtdifferenz unparteiliche Rechtsdurchsetzung nicht aushebelt? Welches sind die hierzu erforderlichen Bedingungen und sind diese nur schön, oder liegen sie auch im Trend realer politischer Entwicklungen? Schon beim Vorschlag von Benedikt XV. standen zwei Bedingungen für machtvolles Völkerrecht im Vordergrund die Forderung nach Abrüstung und die Einführung einer internationalen Schiedsgerichtsbarkeit.

4. Abrüstung

Benedikt XV. wollte bei den einzelnen Staaten nur sovieler Gewaltoptionen belassen, wie zur Aufrechterhaltung von deren innerer Sicherheit erforderlich sind. Es blieben dann bei den Staaten nur noch Grenzschutz und Polizei. Dies scheint utopisch zu sein. Doch unterscheiden wir das Ziel vom Weg. Auf dem Weg sind wir gewiß noch nicht weit. Doch wenn das Ziel realistisch und notwendig ist, erhält der Weg eine Ausrichtung.

Die Forderung nach „Allgemeiner und vollständiger Abrüstung“ finden wir als Ziel in der Präambel zahlreicher Rüstungskontroll- und Abrüstungsverträge. Bereits Salt I benennt die „Absicht, zum frühestmöglichen Zeitpunkt die Beendigung des nuklearen Wettrüstens herbeizuführen und wirksame Maßnahmen zur Verminderung der strategischen Waffen, zur nuklearen Abrüstung und zur **allgemeinen und vollständigen Abrüstung** zu treffen“. Möglicherweise bedeutet dies keine Forderung nach „totaler Abrüstung. Jedenfalls aber dürften nur solche militärische Optionen erhalten bleiben, die vom Konsens der Vertragspartner, letztlich der Völkergemeinschaft getragen sind. Rüsten ist keine pur nationale Entscheidung. Sie ist ihrem Wesen nach relational: Andere nehmen sie als gefährlich und abschreckend wahr. Und genau das ist mit ihr bezweckt.

Der Vertrag über die Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen

aus dem Jahr 1968 bindet nicht nur die Nichtbesitzer von Nuklearwaffen, sondern auch die Besitzer. Nach Art. VI, zu dem es auf Drängen der Nichtbesitzer kam, nehmen die Besitzer von Nuklearwaffen die Verpflichtung auf sich, ihre nuklearen Bestände abzubauen. Damit erkennen auch die Großen die Forderung nach Unparteilichkeit an: Wenn Gründe der Staatsräson den Nuklearmächten den Besitz erlauben, dann erlaubt dieselbe Rason den Nicht-Nuklearmächten wenigstens im Prinzip die Beschaffung. Und wenn wie damals häufig geäußert – der Besitz von Atomwaffen nur „rationalen“ Regierungen zugestanden werden kann, hat dieser Vertrag ohnehin keine Chance: Wie könnte eine irrationale Regierung soviel Vernunft aufbringen, sich in ihm zu binden!

Ich finde es gut und richtig, wenn der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit seine Mittelvergabe an die Bedingung knüpft, daß der Empfängerstaat nicht übersuffizient rüstet. Damit greift er nicht in die inneren Angelegenheiten eines souveränen Staates ein. Doch näher hinzublicken ist bei der Begründung, warum er dies nicht tut. Jemand könnte geltend machen, daß ja kein Staat einen Rechtsanspruch auf unsere Finanzmittel hat. Diese Begründung wäre inhaltlich problematisch, allemal ohne Perspektive. Die Begründung muß lauten, daß die Entscheidung über Rüstung und Abrü-

stung heute für keinen mehr eine rein nationale Frage darstellt. Dann aber haben sich Geber wie Nehmer denselben Maßstäben zu unterwerfen. Wie schwierig die Umsetzung dieses Beschlusses des BMZ war, verdeutlicht, daß wir auf der Suche nach kommunikablen Maßstäben für hinlängliche Rüstung noch nicht weit vorangekommen sind.

Tatsächlich werden die Finanzminister zu Motoren der Abrüstung. Truppenreduzierungen sind die Folge leerer Kassen. Dies ist friedenspolitisch wie -ethisch unerträglich: Entweder es bestehen Gefahren oder Risiken für die eigene Sicherheit, dann sind die entsprechenden Mittel zu beschaffen. Oder aber solche Gefahren liegen nicht vor, dann ist entsprechend abzurüsten, auch bei vollen Kassen. Denn militärische Potentiale sind begründungsbedürftig. Für Kindergärten mag die Maxime gelten: Je mehr, um so besser. Rüstung unterliegt strengen Maßstäben der Suffizienz, der Hinlänglichkeit.

Häufig, wenn man ein Ergebnis nicht will, stellt man die Möglichkeit seiner rationalen Lösung in Frage. So auch heute wieder in der Abrüstungsfrage. Niemand könne bestimmen, how much enough, wieviel genug sei. Ich jedenfalls finde es äußerst betäublich, daß die UN-Vollversammlungen zum Thema Abrüstung, die während des Kalten Krieges periodisch stattfanden, heute nicht intensiver fortgesetzt werden. Der Ab-

rüstungsdialog der Großmächte ist notwendig, kann jedoch das Gespräch mit den kleinen nicht ersetzen. Tendenziell müssen alle Staaten bereit sein, in dem Maße auf nationale Rüstung zu verzichten, in dem keine Sicherheitsrisiken vorliegen und inter- oder supranationale Sicherheitsagenturen wirksam werden. Dies ist keineswegs paradox, weniger jedenfalls als wenn heute noch Staaten glauben, nationale oder Bündnismauern könnten ihnen eine hinreichende Festungssicherheit vermitteln.

Diesem Rationale moderner Sicherheitspolitik unterwirft sich die überwiegende Mehrheit der Staatenwelt, wenigstens in der Form von Deklarationen. Diese Kritik soll nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Praxis der Abrüstung schwierig ist. Dennoch verwundert es, daß gerade zu einem Zeitpunkt, in dem deep cuts nicht mehr durch den Ost-West-Konflikt behindert sind, die offiziellen Abrüstungsverhandlungen offenbar beendet werden und die Abrüstungsmasse un gelenkt den leeren Kassen überantwortet wird.

Wir brauchen praktikable Kriterien suffizienter Rüstung. Sie können nicht diktiert werden. Sie können nur einen Konsens entstammen. Dies setzt den Abrüstungsdialog voraus. Leider findet er nicht einmal im vereinten Europa statt, seit dort Außen- und Sicherheitspolitik wenigstens vorerst ausgeklammert sind. Im gleichen Zusammenhang steht die immer

Das Rational moderner Sicherheitspolitik

- **Die Entscheidung über Rüstung und Abrüstung ist keine rein nationale Frage.**
- **Militärische Potentiale sind begründungsbedürftig.**
- **Tendenziell müssen alle Staaten bereit sein, in dem Maße auf nationale Rüstung zu verzichten, in dem keine Sicherheitsrisiken vorliegen und inter- oder supranationale Sicherheitsagenturen wirksam werden.**
- **Benötigt werden praktikable Kriterien suffizienter Rüstung.**
- **Tiefe Abrüstungsschritte werden nur zumutbar, wenn die friedenserhaltenden Fähigkeiten der VN gestärkt werden.**

wieder geforderte Reform der UNO. Denn tiefe Abrüstungsschritte werden nur zumutbar, wenn die friedenserhaltenden Fähigkeiten der Vereinten Nationen gestärkt werden.

Es wird deutlich, wie komplex die Aufgabe ist. Wir werden durch Versuch und Irrtum hindurch müssen. Klugheit und Vorsicht sind angesagt. Doch das Ziel, zu dem sich politische Vernunft heute bekennt, darf nicht den Ideen der Vergangenheit geopfert werden.

Ähnliches gilt von der zweiten Säule, die Benedikt XV. für eine Ordnung vorsah, in der Recht stark wäre, für die Schiedsgerichtsbarkeit.

5. Schiedsgerichtsbarkeit

Am 18. September 1973 legte die Schweiz der KSZE einen Vertragsentwurf vor. Der Vorschlag galt einem „Vertrag über ein europäisches System der friedlichen Beilegung von Streitigkeiten“. Wiederum ist es bezeichnend, daß dies einer der kleinen Staaten tat. Im übrigen fand dieser Vorschlag deutliche Unterstützung durch den Heiligen Stuhl – aus machtpolitischer Perspektive seit Garibaldi glücklicherweise ja auch einer der Kleinen.

In der Präambel finden wir zwei entscheidende Begründungen dieses Vorschlags: Erstens heißt es dort, die Hohen Vertragsparteien seien übereingekommen „in der Überzeugung, daß in einer internationalen Gemeinschaft, deren Mitglieder auf die Anwendung oder Androhung von Gewalt verzichtet haben, ein System der friedlichen Beilegung von Streitigkeiten unerlässlich ist“. Dies ist offensichtlich: Wer das Ziel Gewaltverbot ernstlich will, muß auch die erforderlichen Mittel bejahen. Und zu denen zählt eine effiziente Schiedsgerichtsbarkeit. Der zweite Grund bezieht sich auf die Souveränität der KSZE-Staaten: Wiederum wird der Konsens der Vertragsparteien angezeigt, „in Bekräftigung der souverä-

nen Gleichheit und der Gleichberechtigung der Staaten, welche erst dann gewährleistet sind, wenn alle Staaten ohne Ansehen von Größe, Reichtum und Macht ihre Rechte und Interessen vor unabhängigen, neutralen internationalen Instanzen gleichberechtigt verteidigen können“. Schiedsgerichtsbarkeit und gleiche Souveränität schließen sich folglich nicht aus, sondern bedingen sich gegenseitig. Dies ist es, was starkes Recht erbringen muß: Gleiches Recht für die Staaten – nochmals in der Sprache Woodrow Wilsons von 1917 – „gleich ob groß oder klein“.

Der Schweizer Vorschlag wurde von der KSZE nicht angenommen. Seine Bedeutung fand jedoch insofern Anerkennung, daß er an eine Expertenkommission, die in der Schweiz tagen sollte, verwiesen wurde. 1975 begrüßte Kardinal Casaroli dies nachdrücklich. In diesem Zusammenhang äußerte er für den Heiligen Stuhl, „daß es heute nicht ausreicht, einfach Prinzipien zu verkünden“. Die oft gescholtenen Idealisten erweisen sich als sehr realistisch. Heiligste Prinzipien und Rechte bedürfen eben über die Proklamation hinaus der institutionellen Stützung.

Die Expertenkommissionen zum Thema „friedliche Streitbeilegung“ tagten 1978 in Montreux und 1984 in Athen. Beide Treffen waren noch vom Ost-West-Konflikt überschattet. Insofern durfte man auf das Ergebnis der Tagung in La Valletta gespannt

sein, das unter dem 08.02.91 vorgelegt wurde. Sicherlich gab es auf Malta Fortschritte, ein Durchbruch jedoch war es nicht.

Nun liegt es mir fern, zu unterstellen, die Einrichtung effizienter Schiedsgerichte werde lediglich durch die Uneinsichtigkeit der Großmächte verhindert. All die vorliegenden Vorschläge sind ambivalent. Sie stellen Fortschritt in Aussicht, können negative Nebenfolgen jedoch nicht immer ausschließen. Die Erfahrungen etwa Deutschlands mit europäischen Gerichten sind nicht immer positiv. Dies mindert die Europabegeisterung erheblich. Dies aber darf in Sachen Weltfriedensordnung nicht geschehen, daß voreilige, wenngleich gutgemeinte Beschlüsse im Nachhinein den Ansatz insgesamt delegitimieren. Voreiligkeit und Ungeduld garantieren Enttäuschung.

Sehr wohl bleibt die Verpflichtung, die bisherigen Streitbeilegungsverfahren – sei es Verhandlung, Untersuchung, Vermittlung, Schiedsspruch oder gerichtliche Regelung – als Vorstufe zu einer justitiableren Lösung internationaler Konflikte zu verstehen. Die Praxis der Streitbei-

Streitbeilegungsverfahren:

- **Verhandlung**
- **Untersuchung**
- **Vermittlung**
- **Schiedsspruch**
- **gerichtliche Regelung**

legung hat ein Mehr an internationaler Ordnung zum Ziel. Sie kann als Lernfeld für Völkerrechtsentwicklung wie für institutionelle Verbesserungen dienen und weist insofern über ihren gegenwärtigen Status hinaus.

Ein funktionsfähiges System kollektiver Sicherheit – sei es regional oder global – ist das Ziel. Diese Idee ist alternativlos.

6. 3. **Schlußbemerkung**

Zwei zentrale Felder, auf denen Fortschritt erforderlich und möglich ist, wurden genannt. Die Kritik am gegenwärtigen Zustand wurde dabei ebenso deutlich, wie die Mahnung zu Vorsicht. Letztere jedoch darf nicht als Ausrede für die Beibehaltung des status quo mißbraucht werden.

In Abwandlung eines Brecht-Wortes könnte man warnend sagen:

Stell' Dir vor, es ist Krieg, und niemand denkt an ihn; dann kommt der Krieg zu Dir. Gegen die Kriegsgefahr gibt es heute keine Festung mehr, weder die NATO noch die KSZE. Dies wissen wir, das weiß auch jede Regierung. Doch leider überwiegt auch in der Bevölkerung Mutlosigkeit wie nationales Denken. Trotz unserer Erfahrungen mit zwei Weltkriegen nimmt die Begeisterung für Europa wie für die Vereinten Nationen ab. Dies hemmt politischen Fortschritt an der Wurzel. Darum ist es auch politisch hilfreich, wenn sich die Öffentlichkeit zu einer neuen Qualität von Abrüstung, zur Stärkung internationalen Rechts durch Schiedsgerichte und damit zur Ersetzung der Gewalt der Waffen durch starkes Recht bekennt. Diese Perspektive ist und bleibt alternativlos.

Aufgaben internationaler Friedenssicherung am Beispiel Bosnien

Rupert Neudeck

1. Das Ende der alten Friedensbewegung

Die Friedensbewegung hat sich weder im Falle Kambodschas noch Somalias noch Bosniens und Ruandas bewährt. Sie hat ihre Wurzeln und Legitimation während der Zeit des Kalten Krieges gewonnen. Sie meinte, es reiche, gegen die Super-

mächte zu demonstrieren und die Eindämmung und Kontrolle der Nuklearwaffen zu fordern. Wir haben alle erlebt, daß uns in Bosnien dieser alte Pazifismus aus der Hand und dem Herzen heraus transportiert worden ist. Viele „Mitglieder“ der Friedensbewegung (ob BdKJ oder IPPNW)

haben ihre alte Haltung in Bosnien nicht aufrechterhalten können. Im Angesicht einer Zivilbevölkerung von Sarajevo, die 24 Monate unter dem Bombenterror einer Terrormacht, der BSA, leidet und kaputtgeht, kann man sich nicht mehr unter der warmen Decke eines bequemen Pazifismus verkriechen.

Der Begriff „Krieg“ war für Bosnien falsch. Was in Gorazde, in Sarajevo, in Mostar, in Srebrenica geschah, was in den nächsten Wochen in Tuzla geschehen wird, war/ist brutaler Terror gegen die Zivilbevölkerung. Keine Genfer oder sonstige Konvention hat diese Verrohung aller internationalen Sitten verhindern können.

2. Die UNO gibt es noch gar nicht!

Wenn uns die Nachrichten etwas von den UNPROFOR-Blauhelmen vorgaukeln, ist das Augenwischerei. Die nationalen Kontingente haben als einziges gemeinsames Vehikel – die blauen UN-Mützen, UN-Helme und allenfalls UN-Fahnen. Sonst ist alles bis hin zur Befehlsstruktur pur national. Die über 6.000 Franzosen-Blauhelme bekommen keinen einzigen Befehl vom UNPROFOR-Kommandeur oder von Boutros Ghali, sondern allein vom französischen Verteidigungsminister Leotard. Die UNO, wie sie der gute, gutwillige UN-Generalsekretär haben will, ist noch lange nicht erreicht.

Boutros Ghali hat eine 50.000 UNO-Einsatz Task-Force gefordert, die unter seinem Kommando steht. Da zieren sich alle nationalen Regierungen, auch die deutsche. Das Schlimmste, was es für die Politik auch im 20. Jahrhundert auf der Schwelle zum 21. Jahrhundert gibt, ist freiwilliger Verzicht auf ein Vehikel, das immer noch zu den schönsten Spielzeugen unserer Politik selbst in Europa gehört: der eigenen Territorial-Souveränität. Es hat nicht mal geklappt, daß sich die deutsche und die französische Diplomatie auf zwei gemeinsame Botschaften einigen konnten. Wobei man schon auf der ganzen Welt mit der Lupe gesucht hat, um die beiden unwichtigsten Länder zu finden: Mongolei/Ulan Bator; Botswana/Gabarone.

3. Die UNO hat in Bosnien, aber auch in Ruanda und in Angola, jeden Kredit verspielt

Am 8. Mai 1993 sind die spanischen UNPROFOR-Blauhelme mit allem, was sie in Mostar hatten, aus dieser Kesselstadt heimlich, ohne die Beteiligten zu informieren, herausgegangen – in ihre schönen Bungalow-Quartiere in Medugorie. Es muß noch vor einem Tribunal in New York oder Genf untersucht werden, ob sich eine Schutztruppe so sträflich verhalten darf. Die Bosnier muslimischer Herkunft erlebten dann ab 9. Mai, ab 05.05 Uhr, den unaufhörlichen Granatendonner sowie die Aufforderung

durch das kroatische Radio, sich zu ergeben, weiße Laken aus den Fenstern zu hängen – in Mostar-Ost. Die Schutzsoldaten des SPABATT haben der Bevölkerung auf dem linken Ufer der Neretva kein Sterbenswörtchen gesagt, obwohl sie selbst informiert waren. Überall, wo der Konflikt losgeht, die uns anvertrauten Völker in Lebensgefahr geraten, verschwinden die Blauhelme. Das war in Bosnien so, das war in Angola nach dem Ausbruch des Bürgerkrieges im November 1992 so, das war in Ruanda so, nachdem am 6. April das Flugzeug mit den Präsidenten von Ruanda und Burundi abgeschossen wurde. Der Konflikt und das Massaker beginnen, die UNO geht. Oft geht es nur noch um das Ziel: die eigenen wertvollen Westler, Europäer oder UNO-Leute zu schützen.

4. Die UNO darf nicht zahnlos bleiben

Wenn sich die UNO zu einer international gebilligten Einmischung entschließt, muß sie ihre Erklärungen und Enzykliken wahr machen. Sie hat im Frühjahr 1993 sechs Enklaven als „Sichere Zonen“ und Häfen ausgegrenzt, hat aber für die Zivilbevölkerung von Srebrenica, Tuzla, Mostar, Zeppa, Sarajevo, Bihac nichts getan, um diesen Status auch nur durch die Tat zu bewahrheiten. Das war ein reiner Wort-Titel, ein rhetorischer Kniff, mit dem man Wahlen gewinnen kann. So geht es mit vielem in der Politik. Es

werden von Genscher, Boutros Ghali, Mitterand usw. internationale Kriegsverbrechertribunale angesagt. Ich traf jemand in Pec im Kosovo, wo eine wahnsinnig mutige kleine Menschenrechtsgruppe unter permanenter Gefahr für das eigene Leben die Akten für dieses Tribunal in einem Bergversteck in der Nähe aufbewahrt. „Das sind die Akten, die wir für den internationalen Prozeß aufbewahren, den Herr Genscher uns versprochen hat!“, sagte mir der Chef der Menschenrechtsgruppe in Pec mit leuchtenden Augen. Ich werde niemals vergessen, daß ich nicht einmal wagte, diesem wunderbaren Menschen, der schon mehrmals für seine Arbeit zusammengeschlagen wurde, die Wahrheit zu sagen: daß der Herr Genscher sich nicht einmal mehr erinnert, daß er dieses Tribunal mal versprochen hat.

5. Die Warlords und kleinen Kriege werden zunehmen

Wenn Boutros Ghali nach dem Bosnien-Debakel der UNO dem „Warlord“ in Angola, Jonas Savimbi, „droht“, dann wird der in seinem Hauptquartier in Huambo nur müde lächeln. Was Drohungen der UNO nach Bosnien und Somalia und Kambodscha noch wert sind, muß der Lehrer seinen Schülern auch in Deutschland kaum erklären. Die Zahl derer wird zunehmen, die wie Karadzic und General Mohammed Fahra Aideed es erfolgreich machen, die sich eine Privatarmee zulegen, aus

der Sowjetunion oder Ungarn alte Ostblock-Waffen kommen lassen, ihr Territorium definieren und sich souverän allmächtig erklären. So hat die UNO als Ordnungsfaktor ausgedient.

6. In Europa hätte die Europäische Gemeinschaft den Konflikt lösen müssen

Europa aber schreit nach den Amerikanern, die unsern Balkan-Konflikt lösen sollen. Europa hätte den Konflikt regeln können, wenn es schon politisch einig gewesen wäre. Europa aber ist zurückgefallen in die letzte Hälfte des 19. Jahrhunderts. In den verblödenden Nationalismus.

Nur begrenzte Möglichkeiten für Humanitäre Hilfe

Nach Ansicht der Leiterin des deutschen Büros des Hohen Flüchtlingskommissars der UNO (UNHCR), Frau Cumin, besteht eine immer größere Tendenz auf Hilfsorganisationen zurückzugreifen, wenn Staaten Probleme nicht politisch-diplomatisch lösen können oder wollen. Frau Cumin, die selbst vier Jahre lang im ehemaligen Jugoslawien Erfahrungen sammelte, erklärte auf dem Forum „Warum immer neue Kriege – Aufgaben internationaler Friedenssicherung“ humanitäre Hilfe könne nie politisches Handeln ersetzen. In Bosnien -Herzegowina habe jeder gewußt, daß es zu einem Krieg kommen werde, ohne daß etwas Entscheidendes dagegen von der Politik unternommen wurde. Humanitäre Hilfe könne immer häufiger nur noch unter militärischem Schutz geleistet werden, was aber auch zu einer Politisierung der Hilfeleistungen führe.

Die UNHCR-Vertreterin stellte in ihrem Statement sieben Thesen auf:

1. Für Bosnien-Herzegowina oder Ruanda gibt es keine humanitären Lösungen.
2. Die Gefahr der Politisierung der Humanitären Hilfe wächst.
3. Humanitäre Hilfe bedeutet keine politische Lösung von Konflikten.
4. Es wird zunehmend schwieriger politisch Verantwortliche für Humanitäre Hilfe zu finden.
5. Es gibt immer mehr Verstöße gegen das Völkerrecht.
6. Die Hilfsorganisationen zersplittern sich immer mehr in der Durchführung aufgrund ihrer Vielzahl und Konkurrenz.
7. Es besteht die Gefahr einer „CNN-Welt“, da von den Bürgern nur noch die Konflikte wahrgenommen werden, über die im Fernsehen berichtet wird. (bt)

Erfahrungen aus zwei UN-Einsätzen – Kamboscha und Somalia – als Militärseelsorger

Rainer Schadt

1. Sachstand

Vom Dezember 1992 bis Februar 1993 habe ich als Militärseelsorger am UNTAC-Field Hospital (Germany) in Phnom Penh, Kambodscha, Dienst getan. Im Juni 1993 verbrachte ich 10 Tage in Somalia, Belet Huen und Mogadischu, auch in Dschibutij, ebenfalls als Militärseelsorger.

Das entscheidende Erlebnis für mich in beiden Krisengebieten war einmal die konkrete Erfahrung von Leid, Schmerz und Tod einer vom Bürgerkrieg und Chaos geplagten Bevölkerung. Während meines Aufenthalts in Kambodscha habe ich am Feldhospital 41 Menschen – alles Einheimische – sterben sehen, darunter viele Frauen und Kinder. Zum Zweiten konnte ich die Arbeit der Soldaten, von den Medizinern über die Sanitäter, Instandsetzer, Fernmelder, ABC- und Küchensoldaten bis zu den einheimischen Helfern aus nächster Nähe miterleben. In Somalia erlebte ich die deutschen Soldaten in einer Aufbausituation, verbunden mit scharfen Sicherheitsmaßnahmen besonders in Mogadischu.

Meine konkrete Arbeit bestand zunächst in Phnom Penh darin, be-

sonders während der Advents- und Weihnachtszeit 1992, Gottesdienste mit den Soldaten zu feiern. Sehr schnell kamen intensive Glaubensgespräche, auch über die Sinnfragen des Lebens und des Einsatzes, hinzu. Immer wurde ich zu Sterbenden gerufen. Die Betreuung des Sanitätspersonals, zunächst erschrocken ob der Vielfalt des Leidens, schloß sich nahtlos an. Schließlich war ich auch zuständig für die Feuerbestattung von Verstorbenen, um die sich die Angehörigen nicht mehr kümmerten.

Von Minen oder Schußwaffen verletzte UN-Soldaten bedurften der seelsorgerischen Begleitung wie das Kümmern um Waisenkinder oder Leprakranke war Aufgabe des Militärpfarrers.

In Somalia, quasi in der „Wüstenstation“ von Belet Huen, umfaßte die Seelsorge wiederum das Gottesdienstangebot, auch für andere Nationen, und das Gesprächsangebot. Die Hilfe des Militärpfarrers wurde auch erbeten für Vermittlungsdienste bei humanitären Hilfsorganisationen und der Begegnung mit Fremdreigionen, hier dem Islam.

2. Bewertung

Die Anwesenheit des Militärseelsorgers in Kambodscha und in Somalia war willkommen. Ich wurde in die Kameradschaft der Soldaten integriert. Der Pfarrer genoß einen großen Vertrauensvorschuß. Bis in die intimsten Bereiche hinein haben sich die Soldaten mir gegenüber geöffnet. Niemals zuvor habe ich so viele Beichtgespräche geführt. Heimatliche Themen, wie „Pille, Papst, Penunzen“ waren sehr schnell abgearbeitet und wichen sehr viel ernsthafteren Fragestellungen und einer persönlichen Betroffenheit angesichts des Lebens in einem Krisengebiet. Die Trennung über viele Monate von der Familie, vom Lebenspartner oder von der Partnerin, das Erle-

ben von Kriegshandlungen und deren Folgen, schließlich auch das Bewußtsein der persönlichen Gefährdung sind Grunderfahrungen in Krisengebieten. Nichts ist so wie zu Hause und Minen können auch UN-Soldaten töten. Durch all diese Aspekte bekommt die Seelsorge an den Soldaten ein immenses Gewicht.

Zum Schluß ein Erlebnis kurz nach meiner Rückkehr aus Kambodscha. Am Frankfurter Flughafen las ich im Februar vergangenen Jahres nach drei Monaten Aufenthalt in einem Krisengebiet folgende Schlagzeile einer großen deutschen Boulevardzeitung: „Deutschland: Angst vor neuen Postleitzahlen!“; wohl dem Land mit solchen Problemen!

Warum immer neue Kriege?

Aufgaben internationaler Friedenssicherung

Statement von Dieter Clauß

Es gibt viele Wege zum Frieden – und wir müssen sie alle beschreiten. Sie umfassen die zeichenhaft gelebte Gewaltlosigkeit und Anstrengungen für eine Gewaltminimierung ebenso wie Strategien der Kriegsverhütung und die glaubwürdige Bereitschaft zur Verteidigung des Weltfriedens.

Die Völker haben erfahren, daß Stabilität und Frieden auch weiterhin

gefährdet bleiben und daß deshalb – wo immer möglich – die Ursachen von Konflikten in internationaler Solidarität vorbeugend beeinflußt werden müssen. Es kommt für die Völkergemeinschaft darauf an, Unfrieden in Schach zu halten und Friedensstörern entgegenzutreten. Bis zur „Abschaffung des Krieges“ durch verlässliche Friedensstrukturen bleiben wir

auf „Kriegsverhütung“ angewiesen – von intensiven um Verständigung bis hin zur Abschreckung mit diplomatischen, wirtschaftlichen und schließlich auch militärischen Mitteln. „Krisenmanagement“ wird als sicherheitspolitische Aufgabe immer wichtiger.

„Wenn Du den Frieden willst, komm den Armen entgegen“ lautete das Thema des Weltfriedentages 1994. Wer ist ärmer als unterdrückte, verhungernde oder mit gewaltsamen Tod bedrohte Mitmenschen!

Vor diesem Hintergrund bestimmt eine Aussage des II. Vatikanischen Konzils zunehmend das Selbstverständnis nicht nur katholischer Soldaten: „Wer als Soldat im Dienst des Vaterlandes steht, betrachte sich als Diener der Sicherheit und Freiheit der Völker. Indem er diese Aufgabe recht erfüllt, trägt er wahrhaft zur Festigung des Friedens bei.“

Nicht mehr die ausschließliche Fixierung auf die Abwehr einer totalitären Gefahr, sondern Schutz, Hilfe und Aufbau treten jetzt in den Vordergrund soldatischen Dienstes. Dieses neue Verständnis von Sicherheitspolitik und Streitkräften hat der Schweizer Divisionär Däniker so formuliert: „Das Instrumentarium der Macht, sein Wesen, seine Einsatzgrundsätze und sein Gebrauch müssen sich verändern, weil sich sein Verwendungszweck grundsätzlich geändert hat. Nicht Machtpolitik im imperialistischen oder nationalistischen Stil ver-

gangener Epochen, sondern eine Politik des geschützten Friedens gilt es damit durchzusetzen. Streitkräften ein neues Leitbild zu geben, das beide Extreme – Gewaltanwendung auf der einen, Hilfe auf der anderen Seite – gleichermaßen einbezieht, ist nicht nur notwendig, sondern entspricht auch dem einzig akzeptablen Vorgehen moderner, demokratischer und rechtsstaatlich organisierter und damit zur Humanität verpflichteter Völker.“

Bei allen Zwistigkeiten ist es doch ermutigend zu sehen, wie unter den Völkern Europas das gemeinsame Verständnis dafür wächst, wie wir unserer Verantwortung für eine „heilere“ Welt gerecht werden können. Das reicht von den Bemühungen um Sicherheitsstrukturen, die keinen Staat isolieren oder gar Trennungslinien entstehen lassen dürfen, bis hin zur engen internationalen militärischen Zusammenarbeit und multinationalen Truppenteilen, die nationale Alleingänge auf militärischem Gebiet unmöglich machen sollen.

Wir haben – davon bin ich zu tiefst überzeugt – nicht nur politisch, sondern auch geistig eine Epochenchwelle überschritten und unsere Aufgabe erkannt: „Gemeinsam den Frieden sichern.“

Statement katholische Friedensbewegung Pax Christi

„Warum immer neue Kriege? Aufgaben internationaler Friedenssicherung“

Joachim Garstecki

Dieses Forum erörtert ein friedensethisches Problem von großer Tragweite. Das Problem läßt sich in folgendem Widerspruch bündeln: Wir müssen einerseits lernen, den Krieg als Institution dauerhaft zu überwinden. Wir stehen andererseits neu vor der Frage, ob wir dazu notfalls militärische Gewalt einsetzen dürfen, ja unter Umständen sogar einsetzen müssen. Das hieße, den Krieg mit den Mitteln des Krieges zu bekämpfen, um Frieden zu schaffen. Über die Zulässigkeit und über die politische Durchsetzbarkeit solcher militärischen Gewalt als Mittel zum Frieden wird gegenwärtig in Deutschland noch viel zu wenig gestritten.

Ich vertrete in diesem Streit Pax Christi, die internationale katholische Friedensbewegung, deutsche Sektion. Pax Christi ist Teil der katholischen Kirche und zugleich Teil der konziliaren Bewegung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung in der christlichen Ökumene. Pax Christi will dem Frieden mit gewaltfreien Mitteln dienen. Diese Gewaltfreiheit folgt dem gewaltfreien Weg Jesu. Sie steht als politi-

sche Option aber auch in einem inneren Verhältnis zum Ziel der Überwindung von Gewalt und Krieg. Gewaltfreiheit ist friedensethisch begründet und politisch vernünftig.

Wir sehen in Bosnien und in Ruanda: Gewaltfreiheit bleibt ohnmächtig gegenüber verbrecherischer Gewalttätigkeit und weitgehend hilflos, wenn ein Krieg erst einmal ausgebrochen ist. Gleichwohl ist die Logik der Gewaltfreiheit nicht deshalb erschöpft, weil massenhaftes Unrecht, Mißachtung der Menschenrechte und Kriege weltweit im Vormarsch sind. Im Gegenteil. Die neue Situation erfordert es, die Frage nach den Bedingungen und Möglichkeiten gewaltfreien Handelns in einer Welt zunehmender Gewalt noch präziser zu stellen als bisher und wirksame Instrumente gewaltfreier Krisenintervention zu entwickeln. Das ist eine vordringliche politische Aufgabe. Sie schärft unseren kritischen Blick gegenüber einer allzu schnellen Geneigtheit, militärisch eingreifen zu wollen. Ihren politischen Ort hat diese Geneigtheit in der von der Bundesregierung beabsichtigten Ausweitung

des Auftrags der Bundeswehr „out of area“ und angesichts des in Kürze zu erwartenden Urteils des Bundesverfassungsgerichts zu dieser Frage. Ich mache aus der Sicht von Pax Christi dazu einige Anmerkungen.

1. Die Befürworter von Bundeswehreinsätzen „out of area“ sprechen mit Vorliebe davon, Deutschland habe nun seine volle Souveränität wiedererlangt und müsse seinen Beitrag zur internationalen Friedenssicherung leisten wie jeder andere Staat auch. Was mich an diesem Argument beunruhigt, ist die ungebrochen-unreflektierte Gleichsetzung von staatlicher Souveränität und militärischer Eingriffsfähigkeit, so als wüßten wir nicht, welche verhängnisvollen Folgen gerade diese Gleichsetzung in unserer eigenen Geschichte gehabt hat. Die „wiedererlangte volle Souveränität“ Deutschlands muß zuerst einmal darin bestehen zu fragen, wie und wodurch Deutschland seine Friedensverantwortung in Zukunft am sinnvollsten wahrnehmen will. Volle Souveränität Deutschlands bedeutet eine Herausforderung an die Qualität deutscher Politik – und erst danach eine Einladung auch an die Bundeswehr, über ihre künftige Verwendung nachzudenken. Deutschland kann wichtige zivile, international noch kaum bearbeitete Aufgaben im

Rahmen der Vereinten Nationen wahrnehmen, ohne seine Verantwortung für den Weltfrieden und seine Verpflichtung gegenüber der Völkergemeinschaft zu verleugnen, so z.B. auf dem Feld ziviler Streitschlichtung und klug vorausschauender Diplomatie. Volle Souveränität heißt für mich Aufmerksamkeit, Fantasie und Kreativität für die Optimierung der politischen Handlungsmöglichkeiten Deutschlands.

2. Das neu-deutsche Reden über den Beitrag Deutschland „zur militärischen Gewährleistung des Friedens“ ist nicht so frei von nationalstaatlicher Selbstbehauptung, wie es weltweite Gerechtigkeit und internationale Sicherheit eigentlich erfordern. Ich halte es für unehrlich, so zu tun, als hätten künftige militärische Einsätze der Bundeswehr nichts mit den nationalen Interessen Deutschlands zu tun und bewegten sich in der Sphäre der reinen Nächstenliebe. Die Bundeswehr ist nicht die Caritas; sie wird gebraucht als Instrument zur Durchsetzung politischer und ökonomischer Interessen. Die Verteidigungspolitischen Richtlinien vom 26. November 1993 lassen daran keine Zweifel. Sie zählen zu den vitalen Sicherheitsinteressen Deutschlands auch „die Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des ungehinderten Zugangs zu

Märkten und Rohstoffen in aller Welt im Rahmen einer gerechten Weltwirtschaftsordnung“. Die deutschen Katholiken sollten so frei sein, diese Interessenlage im Streit um die künftigen Aufgaben der Bundeswehr beim Namen zu nennen und nicht hinter dem Begriff „internationale Solidarität“ zu verstecken.

3. An der Diskussion über eine „militärische Gewährleistung des Friedens“ beteiligt sich nun auch das Zentralkomitee der deutschen Katholiken mit einem eigenen Diskussionspapier („Den Weltfrieden fördern und sichern - eine solidarische Pflicht der Staatengemeinschaft. Erwartungen des Zentralkomitees der deutschen Katholiken an die Sicherheitspolitik angesichts der veränderten Weltlage“, 20. Mai 1994). Es soll der deutschen Öffentlichkeit den Blick für die weltweiten Aufgaben der Bundeswehr schärfen. Leider öffnet dieses Papier nicht in gleicher Weise die Augen für die Tatsache, daß Deutschland als Wirtschaftsmacht längst an der Entstehung ungerechter Gewaltverhältnisse „out of area“ beteiligt ist. Wir maßen uns an, militärisch reparieren zu wollen, was wir zuvor durch das Diktat unserer Märkte ökonomisch mit verursacht haben: Armut, Abhängigkeit, ökologische Zerstörung und Militarisierung. Unser Mili-

tärsystem – NATO und WEU in einem Atemzug neben UN und KSZE! – soll Frieden schaffen, während unsere Rüstungslobby durch Waffenexporte tausendfachen Tod in die Dritte Welt exportiert und die Spannungen in Konfliktregionen verschärft. Hier ist an das biblische Wort zu erinnern: „Arzt, heile dich selbst!“ (Lk 4,23) Ich plädiere dafür, den offenkundigen Widerspruch zwischen ökonomischer Schadensverursachung und militärischer Schadensbegrenzung in den Mittelpunkt der Diskussion über die weltweite Friedensverantwortung der Deutschen zu rücken. Hier könnte Deutschland in der Tat seine „volle Souveränität“ einsetzen.

4. Es gibt eine gefährliche Schiefelage in der Diskussion um die deutsche Mitverantwortung für den Frieden. Wir reden neuerdings viel über Gewalt als ultima ratio der Politik und auffallend wenig darüber, daß die normale Ratio der deutschen Politik das politische Handeln zu sein hätte. Wer sich so eilfertig auf das letzte Mittel militärischer Gewalt fixieren läßt wie die gegenwärtige deutsche Außen- und Sicherheitspolitik, verliert die vorletzten Mittel aus den Augen. Der Normalfall unserer weltpolitischen Verantwortung ist und bleibt die politische Konfliktvermeidung und -eindämmung. Die

unter uns notwendige friedensethische Debatte darf nicht zu einer „Notfall-Ethik out of area“ führen. Das absorbiert schon jetzt jene zivilen Kräfte, die wir für die Entwicklung und Einübung gewaltfreier Alternativen so dringend brauchen. Die bleibende zivilisatorische Herausforderung, vor der wir stehen, ist nicht die Legitimation von Gewaltmaßnahmen unter bestimmten, streng begrenzten Bedingungen, sondern unverändert die Überwindung von Gewalt als Mittel der Politik und die Ächtung des Krieges in allen seinen Formen. Ein Katholikentag, der nicht nur ein politisches Forum, sondern ein christliches Ereignis sein will, muß über die vernünftige Chance der Gewaltfreiheit auf dem Weg zum Frieden mindestens so intensiv diskutieren wie über die Bedingungen eines legitimen Einsatzes militärischer Gewalt.

5. In diesen Tagen wird viel über die Ökumene in Dresden geredet. Die Katholiken in den alten Bundesländern entdecken, daß sie nicht die ersten sind, die in dieser Stadt als Christinnen und Christen über ihre politische Friedensaufgabe nachdenken. Hier waren die Menschen in besonderer Weise mit den Schrecken des Krieges konfrontiert. Während des legendären I. Dresdner Friedensforums

am 30. Februar 1982 in der Kreuzkirche rollten Jugendliche auf der Empore ein Transparent mit den Worten aus „Keine Gewalt!“. Die Ökumenische Versammlung der Christen und Kirchen in der DDR vertrat im Mai 1989 eine „vorrangige Option für die Gewaltfreiheit“. In Dresden begegnet uns eine ausgeprägte Traditionslinie christlich begründeter Gewaltfreiheit. Wir dürfen diesem Erbe nicht nur höflichen Respekt zollen. Wir haben zu fragen, welchen produktiven Beitrag dieses Erbe angesichts neuer Fragen für neue Antworten leisten kann. Ich schließe mit einem Zitat: „Im Schalom, der unsere Beziehungen heilt, erkennen wir die Verheißung für unsere wechselseitig verflochtene Welt, die zugleich eine Welt wachsender Konflikte ist. Die Menschheit muß sich in ihrer Verflochtenheit als Überlebensgemeinschaft organisieren in einer verbindlichen Rechtsgestalt, die den Schwächeren schützt und Konflikte politisch löst.“ (ÖV Dresden, Theol. Grundlegung Nr. 38)

Ich wünsche dem Katholikentag, ich wünsche uns allen, wir möchten in der Lage sein, auf dieser Linie zu denken und zu handeln.

Frieden und Krieg in dieser Zeit

Sechs Thesen

Dieter Senghaas

These I:

Im Gegensatz zur gängigen Behauptung einer wachsenden Entpolitisierung und Politikverdrossenheit ist, weltweit betrachtet, eine wachsende Politisierung der Welt festzustellen. Diese zunehmende Politisierung hat objektive Gründe; sie erschwert und verschärft das Problem friedlicher Koexistenz auf allen Ebenen.

Um diese erste These zu erläutern, können ein kurzer Blick in die Vergangenheit und ein Ausblick in die absehbare Zukunft hilfreich sein. Wenn man sich die Frage stellt, worin sich die Welt des Jahres 1500, 1700, 1900 und 2100 unterscheiden bzw. unterscheiden werden, dann gelangt man zunächst zu der Beobachtung, daß weite Teile der Welt noch bis in das 20. Jahrhundert hinein durch traditionale Gesellschaften gekennzeichnet waren, und daß, ausgehend von Nordwesteuropa, vor allem seit dem 18. Jahrhundert ein tiefgreifender Umwandlungsprozeß in der Welt stattgefunden hat: In der Folge von Modernisierungsprozessen verschwinden traditionale Gesellschaften, und an die Stelle von traditionellen treten „moderne“ Gesellschaften. Beide Begriffe,

Thesen kurzgefaßt

- I. Die wachsende Politisierung der Welt erschwert die friedliche Koexistenz.**
- II. Frieden ist ein brüchiges, zivilisatorisches Kunstgebilde, das der ständigen Pflege bedarf.**
- III. Globalisierung und Fragmentierung von Problemen erschweren die friedliche Koexistenz.**
- IV. Die Welt steht an einem Scheideweg, die Zukunft ist nicht prognostizierbar.**
- V. Die Komplexität der Welt erfordert komplexe und konzertierte Problemlösungsstrategien**
- VI. Politik bedarf als Orientierung eines Projektes.**

fe, traditionale bzw. moderne Gesellschaft, sollen in diesem Zusammenhang wertneutral benutzt werden; die lebensphilosophische Frage, ob dieser säkulare Umwandlungsprozeß, der inzwischen die Welt insgesamt erfaßt hat, als Fortschritt, Rückschritt oder einfach als zwiespältig zu bewerten ist, kann in diesem Zusam-

menhang undiskutiert bleiben. Hier interessieren nur der dramatische Strukturwandel und seine Konsequenzen für die Friedensproblematik.

Traditionale Gesellschaften sind, auf eine kurze Formel gebracht, Gesellschaften, in der die meisten Menschen weit verstreut in dörflichen Kleingemeinschaften ihr Leben auf niedrigem Subsistenzniveau fristen, in aller Regel nur ein ganz geringes Mehrprodukt erwirtschaften und schreibe- und leseunkundig, also Analphabeten sind. Diese traditionellen Gesellschaften zeichnen sich überdies durch eine relativ einfache innere Klassenspaltung aus: An der Spitze der Gesellschaft befindet sich eine kleine tributeintreibende herrschende Klasse, die über eine sich politisch nicht bewußte und unorganisierte Masse von Menschen wie über Privateigentum verfügt.

Demgegenüber sind moderne Gesellschaften das Ergebnis von immer noch nicht abgeschlossenen Emanzipationsprozessen, wozu insbesondere zu rechnen sind:

1. die Herausbildung überdörflicher **Verkehrswirtschaften**, die eine enorme Horizont- und Handlungserweiterung von Menschen bewirkt haben,
2. die **Verstädterung** mit der Folge, daß die Masse von Menschen in verdichteten Kommunikationsräumen interessenbewußt und organisationsfähig wird,
3. die **Alphabetisierung**, die die

4. die **Erweiterung politischer Mitbestimmung** als Ergebnis langwieriger und wechselvoller, aber schließlich allermeist erfolgreich durchgeführter politischer Konflikte.

Solche sich modernisierende bzw. modernen Gesellschaften sind im Unterschied zu traditional-stationären Gesellschaften, in denen die Position von Menschen statusmäßig vorgezeichnet ist, durch Pluralismus gekennzeichnet. **Pluralismus** meint: die Pluralität von Identitäten im Sinne der Vielzahl von Selbst- und Umweltbildern, von Meinungen und „Wahrheiten“ einschließlich unterschiedlicher Gerechtigkeitsvorstellungen. Und Pluralität meint vor allem auch: die Pluralität der Interessen.

Solchermaßen mündig gewordene Gesellschaften sind per definitionem konflikt- und tendenziell gewaltträchtige Gebilde. Auf sie bezogen ist die Antwort auf die Frage nach der „Natur des Menschen“ – ist der Mensch an und für sich gut oder aggressiv-böse? – ziemlich ohne Belang: Auch mit einer optimistischen Anthropologie – einer best case-Anthropologie – ließe sich der Zusammenhang zwischen geschilderter Transformation bzw. Emanzipation und Konfliktausweitung (mit dem Grenzfall des gewalttätig ausgetragenen Konfliktes) nicht einfach defini-

risch aus der Welt schaffen.

Wenn solche Gesellschaften, in denen Menschen sich ihrer Identität und ihrer Interessen bewußt werden und entsprechend organisieren, nicht in potentiell gewaltsame Dauerkonflikte, in bürgerkriegsähnliche Zustände oder in tatsächliche Bürgerkriege versinken sollen, bedarf es in ihnen der Vereinbarungen, also einer Verständigung über friedliches Zusammenleben oder Koexistenz gerade angesichts einer prinzipiell nicht überwindbaren Meinungs-, Identitäts- und Interessenvielfalt. **Formen und Formeln der friedlichen Koexistenz zu finden, unter deren Prämissen anhaltende und unausweichliche Konflikte ohne Androhung und Anwendung von Gewalt ausgetragen werden, ist in modernen Gesellschaften die zentrale zivilisatorische Aufgabe schlechthin.** Und diese Aufgabe obliegt der Politik, die angesichts der Pluralitäten Vereinbarungen im Grundsätzlichen, also Verfassungen, und im Konkreten, also in einzelnen Politikfeldern, zustande zu bringen hat. Worum es also in sich modernisierenden bzw. in modernen Gesellschaften geht, ist, **dauerhafte Formen konstruktiver, gewaltfreier Konfliktbearbeitung zu finden und zu institutionalisieren.** Diese Problemstellung bezeichnet nichts anderes als einen wesentlichen Aspekt der modernen Friedensproblematik, nämlich die **Gestaltung und Sicherung des inneren Friedens** angesichts des

immer latent drohenden Bürgerkrieges.

Lassen sich in traditionellen Gesellschaften Ruhe und Ordnung von oben nach unten, also von der herrschenden Klasse mit Hilfe der dieser zur Verfügung stehenden Machtmittel gegenüber einer Bevölkerung ohne politisches Selbstbewußtsein und politische Organisationsfähigkeit, d.h. ohne eigenes Gewicht, allermeist problemlos durchsetzen, ist in sich modernisierenden bzw. modernen Gesellschaften eine vergleichbare Organisation von „Friedhofsruhe“ nicht mehr möglich. Wo sie dennoch angestrebt wird, wie in diesem Jahrhundert beispielsweise in den totalitären Systemen mit ihren unvergleichlichen Kontroll-, Überwachungs- und Spitzelapparaten, ist sie angesichts des anhaltenden Widerspruchs zwischen der versuchten Gängelung und Einschüchterung mündiger Menschen einerseits und deren politisierbarem Anspruch auf politische Teilhabe, auf die Durchsetzung selbst definierter Interessen und auf die Verwirklichung eigener Identität früher oder später zum Scheitern verurteilt.

Wenn also heute die Welt an allen Ecken und Enden politisch brodeln und die Vielzahl der Konflikte als verwirrend und unüberschaubar empfunden wird, hängt dieser Sachverhalt damit zusammen, daß der genannte Umwandlungsprozeß in der Welt und seine oft wenig erfreulichen Folgen heute offenkundiger sind als in der

